

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Beleggeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorrat 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Ausräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Verteilung der Delegierten zum Parteitag.

Zentralkomitee, Beirat und Kontrollkommission haben am 24. September in einer gemeinsamen Sitzung auf Grund der von den Bezirken vorgelegten Abrechnungen und entrichteten Beträge die Delegierten verteilt. Von einem Bezirk sind die delegierenden Beiräte erst nach dem Termin entrichtet worden, so daß hier nur ein Viertel der Delegierten angeteilt werden konnte. Dasselbe trifft einige Bezirke, die in den vorherigen Quartalen ihre Verpflichtungen nicht voll erfüllt haben.

Es erhalten:	1 Deleg.	Mittelrhein	5 Deleg.
Baden	15	Niederrhein	51
Bavarn	9	Oberdeutsch	1
Bremen	58	Sachsen	1
Brandenburg	8	Schlesien	13
Braunschweig	1	Oldenburg	3
Danzig	1	Preußen	3
Chemnitz	12	Sachsen-Anhalt	8
Dresden	13	Schleswig-Holstein	9
Frankfurt a. M.	42	Thüringen	20
Halle	5	Westfalen	1
Hannover	2	Westfalen	24
Hessen-Rudol.	1	Westpreußen	2
Hamburg	55	Württemberg	9
Leipzig	6	Sitz u.	2
Magdeburg	1		
Mecklenburg			

Die deutsche Ausfuhr 1919 und 1920.

Berlin, 27. September. (Eigene Drahtmeldung der D. B.). Auf der in Brüssel tagenden Finanzkonferenz sind auch für das deutsche Publikum bedeutsame Angaben gemacht worden, so werden von der Außenhandelsstatistik des Reiches die monatlichen Endziffern für das Jahr 1919 und für die ersten fünf Monate des Jahres 1920 bekanntgegeben. Das Jahr 1919 zeigt danach eine Ausfuhr von 10 Milliarden, eine Einfuhr jedoch von 32 Milliarden, so daß sich ein Einfuhrüberschuß von 22 Milliarden Mk. ergibt. Das erste Vierteljahr 1920 zeigt folgende Zahlen:

Januar: Einfuhrüberschuß 3,3 Milliarden Mk.
Februar: " 1,7 " "
März: " 1,5 " "

Vom April an machte sich die Erhöhung der Ausfuhr bemerkbar. Der April zeigt einen Ausfuhrüberschuß von 576 Millionen Mk., der Mai einen solchen von 1,1 Milliarden Mk.

Es fragt sich, ob diese Aufwärtsbewegung der Ausfuhr gehalten hat, aus dem noch sehr lückenhaften Material lassen sich noch keine irgendwie blühenden Schlüsse ziehen.

Longuet gegen das Moskauer Diktat.

London, 25. September. (Havas.) Freitagabend hat in der ersten Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei in London der französische Sozialist Longuet gesprochen und ausgeführt, daß er in der 2. Internationale keine Hoffnung mehr sehe, daß es aber den französischen und englischen Arbeitern auch nicht möglich sei, der 3. Internationale beizutreten, solange die Russen darauf bestünden, großen Ländern, wie Frankreich, England und Deutschland, Grundzüge und Methoden aufzuzwingen, wie sie während einer Revolution angewendet würden.

Die italienischen Arbeiter für die Räumung der besetzten Fabriken.

Mailand, 23. September. (Stefani.) Gestern Abend beendigte der Metallarbeiterverband seine Sitzungen; mit 118 gegen 18 Stimmen wurde eine von Buozzi eingebrachte Tagesordnung angenommen, welche die Vereinbarungen gutheißt und dem Ausschluß erneutes Vertrauen ausspricht. Die Tagesordnung wird einer allgemeinen Abstimmung der Arbeiter unterliegen.

London, 24. September. (T. U.) Die Times vernehmen aus Turin: Die Arbeiter der besetzten Fabriken stimmten gestern über die Annahme oder Ablehnung des mit der Regierung geschlossenen Vergleiches ab. Die Abstimmung ergab, daß 334 Fabriken für und 17 gegen die Annahme waren.

Rom, 25. September. (Stefani.) Nach Messagero haben bei der allgemeinen Betriebsabstimmung über die in Rom getroffenen Vereinbarungen in Mailand 27 Fabriken für und drei gegen die Gutheißung der Vereinbarungen gestimmt. In Genua ergab sich in mehreren Fabriken eine Mehrheit für die römischen Abmachungen; das gleiche zeigte sich in Florenz und Ancona. Gemäß der getroffenen Vereinbarung räumten in Mailand die Arbeiter die Fabrik Pirelli, die sie besetzt hatten. Die Weberen wurden ihren Eigentümern wieder zur Verfügung gestellt. Der Mailänder Präfect arbeitet in Gemeinschaft mit den Vertrauensmännern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Feststellung genauer Ausführungsbestimmungen zu den in Rom getroffenen Vereinbarungen.

Neapel, 26. September. Die große Mehrheit der hiesigen Arbeiterchaft hat das Abkommen von Rom angenommen. Als arbeitswillige Arbeiter die radikalen Elemente, die die Fabrik Rettuno noch besetzt hielten, aufforderten, die Fabrik zu räumen, kam es zu Zwischenfällen, in deren Verlauf einige Gewerkschaften gewaltsam wurden. Polizei stellte die Ordnung wieder her. Die roten Fahnen auf der Fabrik wurden entzogen.

An die Partei!

Parteilgenossen und Genossinnen!

„Ein in der Geschichte der Arbeiterbewegung unerhörtes Geschehnis zwingt uns, die Parteigenossenschaft aufzurufen. Vier Mitglieder des Zentralkomitees der Partei einen Aufruf direkt „an die Parteimitglieder“, Angehörige der Parteileitung benutzen die rote Fahne, um zu den Mitgliedern unserer Partei zu sprechen. Das ist der Gipfel!“

Bar allen Parteigeistlichen sehen Mitglieder des Zentralkomitees mitten in der jetzigen Parteilage unsere Partei der denkbar stärksten Belastungsprobe aus. Immer war Grundfah, Parteifragen nur in Parteizeitungen zu erörtern. Jetzt verstoßen eine Vorführung der Partei und drei Mitglieder des Zentralkomitees sogar gegen diesen ganz selbstverständlichen Grundsatz, dessen Verletzung für jedes einfache Parteimitglied Ausstoßung aus der Partei zur Folge gehabt hätte.

Der Beschluß des Zentralkomitees, den Parteitag nicht erst im November, und auch nicht, wie ursprünglich beschlossen, am 24. Oktober, sondern schon am 12. Oktober stattfinden zu lassen, hat die Unterzeichner des Aufrufs, wie sie lagen, in die Öffentlichkeit getrieben. Sie behaupten, wir wollten durch die Verzögerung des Parteitags den Willensausdruck der Parteimitglieder verfälschen, indem wir mit allen Mitteln der Ueberrumpelung versuchten, uns für den kommenden Parteitag noch eine gefügige Mehrheit zu verschaffen. Eine lächerliche Behauptung! In Wahrheit hat nur die Sorge um die uns anvertraute Partei uns veranlaßt, den Parteitag schon für den 12. Oktober einzuberufen. Der Streit um die 3. Internationale ist auf den Höhepunkt gelangt. Überall in der Partei tobt der Kampf um die Anführerbedingungen. Die wichtigsten Aufgaben muß die Partei unerfüllt lassen, weil die Parteiorganisation durch den Parteistreit völlig lahmgelegt ist. Ebenfalls kann die Fraktion mit der nötigen Geschlossenheit und mit der nötigen Autorität den Kampf mit den Gegnern im Parlament führen. In der Parteileitung selbst ist ein parteigenössisches Arbeiten überhaupt nicht mehr möglich.

Wenn es dafür noch eines Beweises bedürfte, so würden ihn die vier Vorstandsmitglieder durch Veröffentlichung ihres Aufrufes erbracht haben. So verfahren Männer, denen von den Parteigenossen die Leitung der Partei anvertraut ist! Parteivorstandsmitglieder, die so mit der Partei umspringen, gehören nicht mehr in die Partei, geschweige denn in die Parteileitung.

Unter solchen Umständen können wir es vor der deutschen Arbeiterchaft, deren Interessen uns anvertraut sind, nicht veranlassen, die Entscheidung über die Moskauer Bedingungen länger als unbedingt nötig hinauszuschieben. Die Genossen sind mit ihrem Urteil über die Streitfrage fertig. Aus vielen Orten wird berichtet, daß die Genossen Referenten und Korreferenten über den Anschluß an die 3. Internationale gar nicht mehr hören wollen, daß sie auch von langen Diskussionen Abstand nehmen und auf Entscheidung drängen. Von einer Ueberrumpelung kann also keine Rede sein.

Es heißt die Masse unserer Parteimitglieder sehr tief einschätzen, wenn man meint, daß sie noch immer nicht über den Inhalt der Moskauer Bedingungen aufgeklärt sind.

Auch die große Mehrheit des Beirats und der Kontrollkommission hat sich auf den Standpunkt des Zentralkomitees gestellt und die Einberufung des Parteitags auf den 12. Oktober gebilligt. Damit haben sich auch die Vertreter der Genossen im Lande auf unsern Standpunkt gestellt.

In dem Aufruf wird behauptet, wir, „die reformistische und opportunistische Rechte der Partei“, hätten uns in unsern sachlichen Argumenten so schwach, daß wir schon im voraus die Diskussion über die Internationale auf die organisatorische Frage verschoben hätten. Gegen diese Behauptung protestieren wir aufs energischste! Wir weisen es weit von uns, Reformisten und Opportunisten zu sein. Wir lassen uns in der Ablehnung des Reformismus und des Opportunismus, in der schärfsten Vertretung der Idee des revolutionären Sozialismus von niemand übertreffen, am allerwenigsten von den Unterzeichnern des Aufrufs. Nicht wir haben die organisatorische Frage in den Vordergrund geschoben, sondern die, die diese Bedingungen diktiert, und dabei bei Dünkel und Stöcker nicht nur nicht Widerstand, sondern sogar Unterstützung gefunden haben.

Die Unterzeichner des Aufrufs fragen: „Wollen wir eine klare, reine, revolutionäre Massenpartei werden? Wollen wir deshalb also die Diktatur des Proletariats mit allen Mitteln

als Kampfobjekt anstreben? Wollen wir eine starke, straffe Internationale der wahrhaft revolutionären Parteien aller Länder?“

Darauf antworten wir: Jawohl, das wollen wir! Darüber gibt es in der ganzen Partei gar keinen Streit. Es ist eine völlige Verschiebung der Frage, auf die es ankommt, wenn so getan wird, als ob über diese Frage eine Meinungsverschiedenheit unter uns bestünde. Wir protestieren gegen diesen Vertuschungsversuch. Wir wehren uns dagegen, daß die Arbeiter über die Tragweite ihrer Beschlüsse getäuscht werden, die über die Zukunft der ganzen Bewegung entscheiden.

In Wahrheit handelt es sich nicht um die Frage: Wollen wir den Anschluß an Moskau? Die von der U.S.B. zu beantwortende Frage lautet vielmehr: Wollen wir unter den 21 Bedingungen den Anschluß an die 3. Internationale vollziehen? Wollen wir die Selbstständigkeit der Partei und das Selbstbestimmungsrecht ihrer Mitglieder erhalten, oder wollen wir es preisgeben? Nur das Selbstbestimmungsrecht der Massen bleibt Schutz gegen sektenhaftes Erstarren. Nur ihre aktive Selbstbetätigung gibt Gewähr für den Sieg in unserm revolutionären Kampfe.

Die Unterzeichner des Aufrufs behaupten ferner, wir hätten jede sachliche Klärung der Streitfrage dadurch verhindert, daß wir es abgelehnt hätten, einen Vertreter des Moskauer Exekutivkomitees zu unserm Parteitag einzuladen, um über die verschiedenen Auslegungen der Ausnahmebedingungen Auskunft zu geben. Allerdings haben wir das abgelehnt, wie wir überhaupt abgelehnt haben, zu diesem Parteitag Vertreter anderer ausländischer Parteien einzuladen. Die Ablehnung ist aber nicht erfolgt, weil wir es als unser Partei unwürdig erklärten, diese Exekutive, die uns solche Ausnahmebedingungen gestellt hat, zu einem solchen Parteitag einzuladen. Bestimmend war vielmehr für uns, daß die Bedingungen klar und eindeutig sind und einer Auslegung nicht bedürfen. Jeder Parteigenosse kann ohne weiteres Sinn und Bedeutung der Bedingungen erkennen.

Schließlich warnt der Aufruf vor dem „heuchlerischen Gerede der rechten Führer über die Spaltung“. Ja, haben wir denn nicht allen Grund, die Gefahr der Spaltung den Parteigenossen vor Augen zu führen? Kann denn wirklich jemand noch die Größe dieser Gefahr verkennen? Auch hierfür haben die Unterzeichner des Aufrufs den schlagendsten Beweis geliefert, indem sie mit den Kommunisten Hand in Hand arbeiten, Erklärungen gegen ihre Kollegen in einer kommunistischen Parteizeitung veröffentlichen, der kommunistischen Presse ihre Geheimkorrespondenz zukommen und selbst eine „kommunistische Rundschau“ gegründet haben. Die Unterzeichner des Aufrufs haben bereits eine Partei in der Partei geschaffen. Jetzt, wo sie sich bei diesem parteischädigenden Treiben ertappt sehen, wollen sie den Eindruck erwecken, als ob eine Spaltung der Partei nicht in den Bereich der Möglichkeit gerückt wäre.

Parteilgenossen und Genossinnen! Laßt Euch nicht täuschen! Darin haben die Unterzeichner des Aufrufs recht: es geht um das Schicksal unserer revolutionären Partei, um das Schicksal der Revolution!

Nur die Stärke der revolutionären Bewegungen in den einzelnen Ländern ermöglicht eine Internationale der Tat.

Im Interesse der deutschen, im Interesse der russischen Revolution, im Interesse der Zukunft der Internationale lehnen wir die Moskauer Bedingungen ab. Die revolutionären Aufgaben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind noch nicht erfüllt, und deshalb muß die U.S.B. bestehen bleiben. Nicht Schwächung und Spaltung, sondern Stärkung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der einzigen revolutionären, sozialistischen Massenpartei Deutschlands ist Gebot der revolutionären Politik und proletarische Pflicht! Deshalb müssen die Bedingungen, deren Annahme die Spaltung der Partei bedeutet, abgelehnt werden.

Parteilgenossen und Genossinnen!

Wollt Ihr, daß unsere Bewegung aus der schweren Krise ungeschwächt hervorgeht, wollt Ihr, daß Eure Partei die großen Kämpfe, vor denen wir stehen, siegreich durchführt, so schart Euch um die Fahne der Partei!

Schützt die Partei! Laßt Euch Eure Waffen im Befreiungskampf des Proletariats nicht zerbrechen!

Berlin, den 25. September 1920.

Erspien, Dittmann, Künstler, Moles, Kemig, Rosenfeld, Luise Zick.

Eine herausfordernde Kundgebung der bayerischen Gegenrevolution.

Berlin, 27. September. (Eigene Drahtmeldung der L. Z.) Die Berliner Montagspost meldet aus München: Am gestrigen Sonntag fand in München die Jahresfeier der Einwohnerwehren statt. Es waren insgesamt etwa 50.000 Wehrmänner anwesend. Diese Schützen waren mit ihren mit Blei gefüllten Gewehren erschienen; einige aus dem Chiemgau sogar hoch zu Ross. Alle Wehren hatten Fahnen bei sich. Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr hielt eine Begrüßungsansprache. Darauf folgte die Ansprache des Landeshauptmanns Scherich, der etwa sagte: Das Ziel, das wir uns gesetzt haben, wollen wir auf geradem Wege, ohne nach rechts oder links nachzugeben, unbefruchtet um die geistigen Prinzipien, denen wir tagtäglich ausgesetzt sind, weiter verfolgen zum Westen unseres bayerischen und deutschen Vaterlandes. Die Einwohnerwehren haben ein gut Teil des Verdienstes daran, daß Bayern heute das besetzte Land in Deutschland ist. So muß es auch bleiben. Die Zeiten der Schande und Schwäche, die wir in vorigen Jahren erlebt haben, dürfen nie wiederkehren, das wollen wir uns festlich geloben. Gelingt uns das, dann haben wir unsre Aufgabe aufs Beste erfüllt.

Der Ministerpräsident drückte unter dem Jubel der Menge dem Landeshauptmann Scherich die Hand zum Zeichen, daß Bayern und die bayerische Regierung für immer verbunden sein wollen.

München, 26. September. (M. Z. B.) Das Landesfestliche der bayerischen Einwohnerwehren, das bereits gestern vorrätig mit einem Festgottesdienst eröffnet worden war, wurde heute vormittag 11 Uhr offiziell mit einem Festakt auf dem Königsplatz eingeleitet. Viele Festgäste aus allen Gauen Bayerns sowie aus Deutschland und Österreich und Kärnten hatten sich eingefunden und wurden von den Einwohnern herzlich begrüßt. Die Feier wurde durch eine Rede des Ministerpräsidenten v. Kahr eingeleitet. Er hieß die Wehrmänner im Namen der bayerischen Regierung willkommen und begrüßte sie als Träger jenes opferfertigen und selbstlosen Gemeinheitsgeistes, der Staat und Volk über das eigene Ich und die eigene Partei stellt und daher die stärkste Stütze und die stärkste Kraft im Staate bildet. In Bayerns schwerster Not seien beherzt, um das Wohl des Landes treue Männer, ohne Unterschied des Berufs und der Partei zusammengetreten, um als echte Volkswacht Haus und Hof zu schützen und dem schwerbedrängten Volke Ruhe, Frieden und staatliche Ordnung wiederzugeben. Die Einwohnerwehr sei getragen von der hohen und heiligen Pflicht, daß jeder Wehrmann seine ganze Persönlichkeit und sein Leben einsetze für die Gesamtheit, für die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung. Dieser Geist opferfähiger Hingabe für die Gesamtheit müsse Gemeingut aller werden. Das Hoch des Ministers auf das deutsche und das bayerische Vaterland wurde begeistert aufgenommen. Darauf sprach der Landeshauptmann der Einwohnerwehren von Bayern Scherich. Er hob hervor, die Wehren würden die Ziele, die sie sich gesetzt hätten, auf geradem Wege, ohne nach rechts und links nachzugeben, weiter verfolgen zum Westen des bayerischen und des deutschen Vaterlandes. Was sie erreicht hätten, zeige schon allein die Tatsache, daß der Unsturz nicht gewagt habe, das Haupt zu erheben, und die zum Aufbau so bitter notwendige Ordnung erhalten bleibe. Der zweite Bürgermeister Dr. Kasper entbot den Festgästen den herzlichsten Willkomm der Stadt München. Die Festveranstaltung, der auch die Minister Hamm, Matt und Roth, der stellvertretende Landeshauptmann, Kasper und Oberst Epp und höhere Offiziere der Reichswehr beiwohnten, löste sich gegen Mittag in voller Ruhe auf.

München, 25. September. Am Freitagabend fand im Herkulespalast eine große Versammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Vertreter aus allen Bezirken Nordbayerns nahmen das Wort und erklärten sich im Sinne des Referenten Landtagsabgeordneten Segl, der über das Thema „Soll Bayern Republik oder Monarchie sein“ referierte. Am Schlusse der Versammlung fand einstimmig eine Entschließung Annahme, im Falle einer Auslösung der Monarchie in Bayern sofort in den Generalstreik einzutreten. Die Vertreter der Eisenbahnerorganisation erklärten sich solidarisch bei der Verwirklichung von reaktionären Plänen. Es solle sich kein Wagen und keine Lokomotive in Bayern von der Stelle bewegen. Von den Bergarbeitern des Ruhrreviers lag eine Erklärung vor, daß sie sich weigern würden, für eine Monarchie in Bayern Röhre zu fördern.

Diese herausfordernde Kundgebung der bayerischen Gegenrevolution, diese ostentative Beteiligung der bayerischen Regierung an der Demonstration legen einige Fragen an die Reichsregierung nahe. Was sagen die Herren Reichsregenten, Scholz usw. dazu, daß die Regierung eines deutschen Gliedstaates in aller Öffentlichkeit frontiert gegen das Gebot der Reichsregierung, wonach die Einwohnerwehren aufzulösen sind? Was sagen die Herrschaften dazu, daß die bayerische Regierung das Abkommen von Spa, das dieselbe Forderung aufstellt, als einen Fehden Papst behandelt? Die Öffentlichkeit hätte wohl Interesse daran, zu erfahren, ob über diese Dinge ein Gedankenaustausch zwischen Berlin und München stattgefunden hat und zu welchem Schluß die Leiter des Reiches gekommen sind. Glauben sie, daß die Entente die Verletzung des Ostats von Spa durch Bayern gemütsruhig hinnehmen wird? Und wenn sie Anlaß haben, anzunehmen, daß die Millerand und Lloyd George für Bayern eine Ausnahmebehandlung auflassen wollen, hätten die Herren Reichsregenten dann nicht allen Anlaß, in einer geharnischten Note — sie haben ja bei viel geringeren Anlässen eine Verschärfung der Beziehungen zur Entente nicht gescheut — gegen diese Tendenz auf Zerreißung Deutschlands, gegen diese Mißachtung der deutschen Reichsverfassung durch die Entente zu protestieren?

Wir sind freilich überzeugt, daß die Herren Reichsregenten nichts dergleichen tun werden, einfach, weil sie mit der Reaktion in Bayern im Inneren ihres Herzens durchaus einverstanden sind, weil sie entweder offene, wie die deutschen Volksparteier, oder doch geheime Feinde der Republik sind, wie das Zentrum und die Demokraten. Es hieße Feigen in den Dornen suchen, wenn man von den Vertretern dieser Parteien irgendeine ernstliche Aktion zur Sicherung der deutschen Republik vor der bayerischen Gefahr erwarten wollte. Die Arbeiterchaft ist bei der Abwehr dieser Bestrebungen ganz auf sich selbst angewiesen und daß sie nicht wehrlos ist, zeigt die Kundgebung der nordbayerischen Rechtssozialisten in Nürnberg. Die Arbeiterchaft hat durch ihre wirtschaftliche Stellung Nachmittels in der Hand, die die Gegenrevolution empfindlich, ja entscheidend treffen können. Es gehört dazu freilich Geschlossenheit der Aktion, und gerade deshalb ist die Selbstherrschaft, in die das Moskauer Diktat die Unabhängige Sozialdemokratie gestürzt hat, so außerordentlich bedauerlich. Im Interesse der Revolution muß diese Krise möglichst schnell überwunden werden.

Französisches Geld für Bayern?

In einem Berliner Telegramm des Daily Herald, des Londoner Organes der britischen Arbeiter, wird behauptet: Frankreich betrachtet Bayern bereits als offiziell von den militärischen Bedingungen des Versailles Vertrages befreit, denn

es hat endgültig das Fortbestehen der wehrfähigen Organisationsfähigkeit, die ihre Aufgabe darin sehen, einen reaktionären Ring um die Industriezentren Preußens und Norddeutschlands zu schaffen. Ferner ist aus besonders unterrichteter Quelle bekannt, daß die bayerische Regierung den bayerischen Wehrmännern finanzielle Unterstützung gewährt hat und damit Hindernisse beseitigt, die Bayern in ihre Dienste gebracht hat. Gegenwärtig fürchtet die bayerische Reaktion, offen mit Preußen zu brechen, weil Bayern augenblicklich für den kommenden Winter noch in Abhängigkeit von den Kohlenlieferungen ist. Der Plan für einen Staatsstreich in Bayern muß deshalb in engem Zusammenhang mit den französischen Absichten auf das Ruhrgebiet gebracht werden.

Die Behauptung des Daily Herald, daß Frankreich die bayerischen Einwohnerwehren mit Geld unterstütze, klingt ungeheuerlich, aber bei den bekannten Plänen Frankreichs auf Zerreißung Deutschlands ist dergleichen in der Tat nicht ausgeschlossen, und unsern Reaktionsären, die auch schon mit dem Gedanken eines Bündnisses mit dem Bolschewismus gespielt haben, die also sehr vorurteilslos sind, ist schließlich auch anzutragen, daß sie zum ebenen Zwecke der Gegenrevolution selbst französisches Geld nehmen, wie ihre edlen christlich-sozialen Brüder in Oesterreich ja ohne Bedenken auch das Geld der blutbesiedelten Horthybande genommen haben.

Ob der Staatskommissar für öffentliche Ordnung nicht Veranlassung hätte, diesen Dingen energisch nachzuforschen? Wir erwarten, daß wenigstens im Reichstag der Reichsregierung einige energische Fragen über die Angelegenheit vorgelegt werden.

Die französischen Sozialisten aber haben allen Anlaß, sich nicht bloß über die Annahme der Moskauer Bedingungen zu streiten, sondern ihrem reaktionären Regime, daß durch die Wahl des Renegaten Millerand zum Präsidenten der Republik eine neue Verstärkung erfahren hat, kräftig auf die Finger zu klopfen. Internationale Solidarität heißt, daß das Proletariat eines jeden Landes seine Schuldigkeit tut gegen Bestrebungen seiner eigenen Reaktion, die Gegenrevolution in den Nachbarstaaten zu stärken. Solche Arbeit wäre mehr wert, als noch so flamme, aber billige Erklärungen für die kommunistische Internationale.

Ein internationaler Polizeistreich.

Tschechische und deutsche Reaktion hand in Hand.

Am Freitag wurde folgende Meldung verbreitet: „Der Redakteur des kommunistischen Volksrechts in Aussia an der Elbe, ein Reichsdeutscher namens Franke, wurde von Beamten der Prager Staatspolizei um 2 Uhr morgens aus seiner Wohnung geholt und in einem 4. to über die nahe Grenze nach Sachsen gebracht, wo er freigelassen wurde.“

Diese Meldung täuscht eine Ausweisung vor. In Wahrheit aber handelt es sich um eine Auslieferung. Der angeblich ausgewiesene ist in Sachsen nicht freigelassen worden, sondern man hat ihn jenseits der Grenze ein Eisenbahnstrecke gelöst und ihn in den Zug nach Dresden gesteckt, in dem er dann von sächsischen Polizeibeamten sofort verhaftet wurde, die ihn im Dresdner Gefängnis eingekerkert haben. Arno Franke ist nämlich der Schriftstellernamen unseres ermordeten Genossen Fischenbach, des früheren Privatsekretärs unseres ermordeten Genossen Eisner während dessen bayerischer Ministerzeit. Genosse Fischenbach wird von der Staatsanwaltschaft in München verfolgt, weil er angeblich diplomatische Aktenstücke entwendet und ins Ausland gebracht haben soll. Die Tatsache, daß die sächsische Polizei von der „Ausweisung“ unterrichtet war, und wußte, in welchem Zuge sie den Gefangenen verhaften konnte, beweist ein inniges Zusammengehen zwischen den Reaktionsären in Prag und Deutschland. Es handelt sich um eine internationale Aktion, um einen unheimlichen Revolutionär der bayerischen Gegenrevolution auszuliefern. Nebenbei bemerkt ist das Volkrecht in Aussia nicht kommunistisch, sondern linkssozialistisch und Genosse Fischenbach ist Mitglied unserer Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die deutsche Arbeiterchaft muß auf das energischste dagegen protestieren, daß dieses gemeine Spießstück etwa in der Auslieferung des Genossen Fischenbach an Bayern seine Vollendung findet. Der Verhaftete muß sofort freigelassen werden, weil die Art seiner Ausweisung durchaus widerrechtlich war. Von diesem schändlichen Polizeistreich der Prager Reaktion dürfen die deutschen Behörden keinen Nutzen ziehen!

In Böhmen hat der Fall in der Arbeiterschaft lobende Empörung hervorgerufen. Die Arbeiter von Aussia und Nordböhmen haben einen vierundzwanzigstündigen Proteststreik und die Unterstützung der Familie Fischenbachs beschlossen. In der Versammlung in Aussia wurde mitgeteilt, daß gleichzeitig mit dem Vollzug der Ausweisung Maschinengewehre bereitgestellt waren.

Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Brüssel, 25. Sept. Die Internationale Finanzkonferenz hat die von dem Organisationsausschuß aufgestellte Geschäftsordnung angenommen, ohne daß sich Widerspruch erhoben hätte. Es wurde beschlossen, daß die Delegierten nur einmal zu jedem Gegenstande des Vortrags kommen könnten, daß das Französische die amtliche Sprache der Konferenz sein und daß jede Rede ins Englische übersetzt werden solle. Jeder Delegierte hat eine Stimme; die Entschlüsse werden durch einstimmige Abstimmung gefasst. Um als amtliche Ratschläge zur Konferenz zu gelten, müssen die Entschlüsse einstimmig angenommen werden, andernfalls wird der dem Völkerbundsstatut erstattete Bericht nur eine Feststellung der auseinandergehenden Meinungen der Konferenz bedeuten. Die Konferenz trat dann in die Tagesordnung ein, die vertretenen Nationen werden ihre finanzielle und wirtschaftliche Lage darlegen.

Die Stellung der deutschen Delegation.

Paris, 25. Sept. Wie Savas aus Brüssel meldet, haben die deutsche und die französische Delegation auf der Brüsseler Finanzkonferenz Gelegenheit gehabt, sich bei der Eröffnung der Konferenz zu treffen, und ihre Mitglieder haben sich über das Programm der Konferenz und über den Geist, in dem die Besprechung des Programms zweckmäßig sein wird, unterhalten. Im Laufe dieser offiziellen Unterhaltung ist es klar geworden, daß die deutschen Delegierten, an diese Besprechung nicht mit einem Geiste gehen, der von dem der andern Delegierten verschieden ist. Sie betrachten die Brüsseler Konferenz als eine Versammlung von Sachverständigen, die dazu berufen sind, über ein begrenztes Programm zu beraten, und sie scheinen von dem ausföhrlichen Wunsch befreit, in sonderbarer Weise mit den andern Mitgliedern zusammenzuarbeiten, ohne daß sie versuchen wollen, in irgendeiner Weise unerwünschte Fragen aufzuwerfen. Die deutschen Delegierten werden, wenn die Reihe an sie gekommen sein wird, ein Gespräch

über die Finanzlage ihres Landes betreiben. Sie verbergen nicht, daß dieses Exposé sich in nichts vom dem unterscheiden wird, das sie nach Spa mitgebracht haben, da in der äußeren und inneren Lage Deutschlands keine Veränderung eingetreten ist. Die in Spa von der deutschen Regierung eingenommene Stellung bleibt, wie sie ersähen, unverändert und sie wird die deutsche Delegation in Brüssel bei ihrem Exposé und in ihrer Haltung bestimmen.

Die Berichte über die Finanzlage der Staaten.

Brüssel, 25. Sept. In der heutigen Vormittagsitzung der Finanzkonferenz erstatteten nach Regelung der Geschäftsordnung die Vertreter verschiedener Delegationen ihre Berichte. Für Dänemark sprach Bankdirektor Gliaßfeldt. Aus seiner Rede konnten die Zuhörer den Eindruck gewinnen, daß die Finanzlage Dänemarks günstig ist. Auch die Ausführungen des Vertreters der holländischen Delegation zeigten, daß die finanziellen Grundlagen dieses Landes gestärkt sind. Sodann sprach der Vertreter der norwegischen Delegation, Bankdirektor Boltmar. Hier allerdings steht das Bild der finanziellen Verfassung des Landes weniger günstig. Ebenso wenig erfreulich waren die Mitteilungen, die von dem Vertreter der schwedischen Delegation, Bankdirektor Wallenberg, gemacht wurden. Trotz des Wunsches Schwedens, durch die Steuerpolitik die laufenden Bedürfnisse des Staates zu decken, wuchsen seine Schulden. Die Situation, wie sie in Schweden vorherrscht, führte der Redner auch darauf zurück, daß in zu großem Umfange Anleihen an ausländische Staaten gegeben wurden. Auch das Bild, das die Schweiz über ihre finanzielle Lage zum Vortrag bringen ließ, war wenig erfreulich. Zu bemerken ist, daß die Schweiz nicht als kapitalgebendes Land angesehen werden will. Der Führer der spanischen Delegation, der Cortina, gab über die finanzielle Verfassung seines Landes ein vorteilhaftes Bild. Spanien kann finanziell durchaus als geselliger Staat bezeichnet werden.

In der Nachmittagsitzung legten die Delegierten der neuen europäischen Staaten die Berichte über deren finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse der Konferenz vor. Finnland an erster Stelle bot das Bild eines Landes, das dank seinem wirtschaftlichen Reichtum in der Lage sein dürfte, die bestehenden finanziellen Schwierigkeiten mit Unterstützung des Auslandes zu überwinden. Aber schon der nächste Redner der Nordstaaten, also Estland und Lettland, deckten die trostlose Lage auf, in der sie sich befinden. Überall sind die gleichen Grundlagen zu beobachten. Hohe Budgetdefizite, geringe Steuereinkünfte, große Wareneinfuhr gegenüber geringer Ausfuhr sind die äußeren Zeichen. Daneben stehen hohe Staatsschulden und ungesunde Geldverhältnisse. Sodann sprach der Vertreter der polnischen Delegation, nach dessen polnischer Finanzminister Grabski. Die Lage Polens, wie sie sich den Zuhörern darbot, zeigt die trostlose Verfassung der polnischen Finanzen: wenig Aktiva, dagegen hohe Schulden, gewaltige Ausgaben für die Industrie und die Bedürfnisse der inneren Verwaltung, wachsende Einfuhrüberschüsse, steigender Notenumlauf bei sinkendem Wechselkurs sind die Merkmale für die polnische Finanzlage. Der Bericht der polnischen Delegation hatte einen gewissen politischen Unterton insofern, als in ihm hervorgehoben wird, daß man eine Reorganisation Polens erhofft, sobald die Last des Krieges fortfällt und die Abstützung in Oberschlesien die Einfuhr der Rohstoffe fortsetzen läßt.

Die nächste Sitzung wurde auf Montag verlegt. In dieser Sitzung werden die Verhältnisse Belgiens, Frankreichs, Italiens und Griechenlands dargelegt werden.

Amerikas Vorschläge.

Brüssel, 27. September. (M. Z.) Der amerikanische Delegierte für die Brüsseler Konferenz Brydn, ist, wie aus Newport gemeldet wird, beauftragt, die Ententebelegierten mit der Ansicht der amerikanischen Regierung bekanntzumachen, die dahin geht, daß bei karenen Zahlungsbedingungen, denen Deutschland unterworfen ist, wesentliche Ersparnisse werden. Deutschland soll nach Möglichkeit durch bessere finanzielle Umschungen mit dem Auslande in seiner Produktion ermüdet werden. Die amerikanische Regierung empfiehlt als vorübergehende Maßnahme ein System, auf Grund dessen Wagnis- und Hypothekendarlehen als Zahlung für Rohstoffe erwünscht und angenommen werden können.

Eine Botschaft Millerands.

Millerand hat aus Anlaß der Übernahme der Präsidentschaft eine Botschaft veröffentlicht, in der es an den wichtigsten Stellen heißt: Die Nation ist für immer mit dem republikanischen Regime verknüpft, das, nachdem es die Errüder und die Fehler persönlicher Macht wieder aufgemacht hat, sein Werk vollendet, indem es die Einheit des Vaterlandes wieder herstellt. Das allgemeine Wahlrecht ist konstant. Ihre Willensäußerungen durch die Stimme der erwählten Vertreter bedürfen, um vollendet und geschützt zu werden, einer freien Legislative unter der Kontrolle des Parlaments, sowie eine unabhängige Judikative. Die Vermittlung der Gewalten ist der Kern aller Tugenden. Sie werden im Verein mit der Regierung die Union am liebsten erscheinende Stunde wählen, um mit ihrer Hand die an den konstitutionellen Gesetzen unerschütterlichen Veränderungen vorzunehmen. Bevor die Errichtung der Verbesserungen in Frage kommt, die nur in ruhiger Stunde verwirklicht werden können, muß ein dringendes Bedürfnis zu gutem Abbruch gebracht werden. Unsere verwüsteten Gebiete, lebende Leiden vom Leid und Heroldismus ihrer Bevölkerung, laßten nach der Notwendigkeit, durch unerschütterliche Geschlossenheit, in Mäßigung und voller Abkehr von den unheimlichen Willküren der vollständigen Auslieferung der angenommenen und unterzeichneten Verpflichtungen zu erlangen. Der Vertrag von Versailles stellt mit den diplomatischen Instrumenten, die ihn begleitet haben und ihm gefolgt sind, die Ehre eines neuen Europas und einer neuen Welt dar. Unsere Diplomatie wird dafür sorgen, daß er nicht ausgeführt wird. Unabhängigkeit, getreu den Allianzen, die durch das verlorene Blut für immer aufrechterhalten werden, werden sie mit größtmöglicher Sorgfalt darüber wachen, daß keine Verletzungen ausgeübt werden den Interessen und Rechten der durch unseren Sieg geborenen oder wieder erworbenen Nationen.

Der neue französische Ministerpräsident über Frankreichs Politik.

Paris, 25. September. In der Kammer wurde nach Verlesung der Botschaft des Präsidenten Millerand die Regierungserklärung durch den Präsidenten Lesages verlesen. Der Präsident der Kammer teilte darauf mit, daß zwei Interpellationen eingereicht worden sind, die eine über die allgemeine innere Politik der Regierung und besonders über die Politik der Arbeiterorganisationen gegenüber, und die zweite über die allgemeine auswärtige Politik. Der Sozialist Brade, der erste Redner, vermodete sich kaum verständlich zu machen, da die meisten Abgeordneten durcheinander labraden und sich unterhielten. Eine große Anzahl von ihnen hatte den Saal verlassen. Der Kammerpräsident fragte, ob die Kammer über die Interpellation zu verhandeln wünsche oder ob sie sich vertagen wolle. Wenn der Rufe weiter anhalte, wäre es besser, zu vertagen. Es erhoben Rufe: Vertagen, vertagen; von anderer Seite: Weiter sprechen. Brade sprach immiten allgemeinen Wunsches weiter, so daß sich der Präsident selbst beklagte, daß er nicht hören könne. Zurufe auf der äußersten Linken: Wir werden uns reparieren. Nach Brade erstarrte der Sozialist Barthou das Wort. Er interpellierte über die zukünftige Politik der Regierung der Arbeiterchaft gegenüber. Auch er wurde dauernd durch ironische Zurufe unterbrochen.

Darauf nahm der Ministerpräsident selbst das Wort und erklärte bezüglich Rußlands, daß die Freundschaft des russischen Volkes Frankreich immer liebster gewesen sei und so bald wieder werden. Wir wünschen, daß dieses große Land Ruhe, Ordnung und Wohlfahrt wieder finde, damit es wieder das notwendige Element des Gleichgewichts in Europa und der Welt wird. Ich vergesse nicht die ungeheuren Dienste, die Rußland uns bei Beginn des Krieges erwiesen hat. Weder heute, noch gestern, noch morgen hat die französische Regierung eine Politik der Inter-

benken in die Politik irgendeiner anderen Regierung betrachten noch wird sie eine solche betreiben. Auf die Frage bezüglich der Politik der Arbeiterorganisationen gegenüber der Regierung, so erklärt er, vor, eine Politik der Unterordnung zu haben. Darauf habe ich nicht zu antworten, aber ich stelle fest, daß die Kammer, falls sie aufgeführt würde, sich über diese Politik auszusprechen, sie mit einer sehr großen Majorität billigen würde. Es ist notwendig, daß im Innern Frankreichs die Einigkeit durchgeführt wird, und ich möchte wünschen, daß dieser Appell in ganz Frankreich gehört wird. Noch sind nicht alle äußeren Gefahren, noch sind nicht alle inneren Schwierigkeiten überwunden. Um sich zu überwinden, müssen alle Franzosen diese Einigkeit hochhalten. Der Ministerpräsident wendet sich zum Schluss an die äußerste Linke und sagt: Ich appelliere an alle, ich appelliere auch an Sie. Gebieter Beifall auf allen Bänken, ausgenommen auf der äußersten Linken. Zahlreiche Abgeordnete wünschen dem Präsidenten Glück. Dann wurde die Tagesordnung, in welcher der Regierung das Vertrauen ausgedrückt wird, mit 507 gegen 80 Stimmen angenommen und das Dekret verlesen, durch das die außerordentliche Tagung geschlossen wird.

Die Weissenfer kommunistische K.-D. vor dem Ausnahmegericht.

Wieder Verhandlungstag.

Aus der weiteren Vernehmung der Angeklagten sind noch die Aussagen des Angeklagten Michaels, der als Hauptthäter bezeichnet wurde, von Bedeutung. Michaels hat nach seinen Aussagen erst während des Kampfes mit der revolutionären Arbeiterbewegung gefunden, trat dann der sogenannten roten Armee bei, von der sich nach deren Auflösung eine Anzahl Arbeiter, die mit der Haltung der Regierung nicht zufrieden waren, eng zusammen geschlossen zur Verhütung eines zweiten Kampfes. Diese Vereinigung wurde dann als Sportverein in die KPD aufgenommen. Der Sportverein hatte neben sportlichen Zielen sich auch die Verhütung neuer reaktionärer Putsch zur Aufgabe gemacht. Da dem Angeklagten die Entwicklung des Sportklubs nicht behagte, trat er mit 8-10 Genossen aus, um mit diesen gemeinsam reaktionäre Verhörungen abzuwehren, sowie das Spitzelwesen, wie es sich in der Magdeburger Zentrale und in der Antikommunistischen Liga gezeigt habe, aufzudecken. In Weissenfer habe sich die Einwohnerwehr wieder zusammen geschlossen und habe mit einem Schülerklub verbunden. Auch eines der geheimen Waffenslager der Einwohnerwehr, 5 Maschinengewehre, 10 Gewehre und einige Hundert Handgranaten sei ihm bekannt geworden, ebenso, daß die Einwohnerwehr wie die Orgesch unter Alarm stehe. Um der Einwohnerwehr die Waffen zu entreißen und sie unbrauchbar zu machen, habe er eingegriffen. Um nicht von anderen Leuten beschuldigt zu werden, habe er seine Genossen um umfangreichen Überwachungsgeheimnis gebeten. Als sie dann nachts 11 1/2 Uhr in die Laube, in der das Waffenslager vergraben war, eindringen wollten, seien Schüsse gefallen und gleich darauf sei ihm die Anwesenheit der Sicherheitswehr gemeldet worden. Dann sei er zurückgegangen. In Weissenfer habe er Galt getroffen, der ihm wiederum erzählte, ein Sicherheitswehrmann sei überwunden worden. Der Angeklagte bestreitet, eine militärische Einteilung vorgenommen zu haben. Die Schüsse seien wahrscheinlich von Spitzeln der Orgesch, die sich eingeschlichen hatten, gefallen. In der Tat wird durch Verteidigung und Angeklagten festgestellt, daß ein Spitzel namens Reuter aus der Partei hinausgeworfen worden ist. Zur Einschuldigung seines Verhaltens in der Waffensangelegenheit führt Angeklagter an, daß ihm von sicheren Gewährsmännern mitgeteilt worden war, es hätten Beziehungen zwischen der Reichswehr, dem Major Kaupisch für die Sicherheitswehr und den Linksparteien über die Verhinderung eines neuen Kampfes stattgefunden.

Die Angeklagten Wodew, Stochow und Jakob, sämtlich befaßt durch Galt, bestreiten jede Teilnahme. Der Angeklagte Franz war durch Reuter befaßt, der aber erklärt, für seine Aussagen nicht haften zu können, da er bei der Vernehmung in einem völlig geschwächten Zustand befunden und dauernd 80 Grad Fieber gehabt habe. Franz sowohl wie der Angeklagte Coall bestreiten, etwas von der K.D. gewußt zu haben.

Nachdem die Vernehmung der Angeklagten beendet ist, stellt der Verteidiger Böhme folgenden Beweis Antrag:

1. Den bisherigen Chef der Sicherheitspolizei Mecklenburg-Schwerin, Oberst Lange, 2. den bisherigen Chef der Sicherheitspolizei Mecklenburg-Strelitz, Major Müller-Brandenburg, als Zeugen zu laden. Die Zeugen werden folgendes bekunden: Es bestehen zahlreiche Organisationen mit militärischer Gliederung, die über die verschiedensten Gebiete Deutschlands verstreut sind, und deren Zweck es ist, mit militärischen Mitteln unter der Anführung militärischer Befehlshaber mit gewaltsamen Mitteln den Sturz der verfassungsmäßigen Regierung herbeizuführen und an deren Stelle eine Militärdiktatur zu errichten. Die Organisationen haben verschiedentlich bis ins einzelne gehende Mobilisations- und Aufmarschpläne. Die Angehörigen dieser geheimen militärischen Organisationen sind umgeht unter der Maske von Landarbeitern auf dem flachen Lande verstreut. Die Waffen sind auf einzelnen Gütern vergraben. Die Zeugen haben selbst bis in die letzte Zeit hinein zahlreiche veraltete Waffenslager und Geheimorganisations in ihrer amtlichen Tätigkeit festgestellt und auch Waffen beschlagnahmt. Rechtsanwalt Böhme nennt ferner den Minister des Innern Herrn Severing als Zeugen dafür, daß der Regierung diese Mobilisationspläne und Waffenslager, sowie der Zweck der Geheimorganisationen, ebenso wie ihre militärische Gliederung bekannt ist, daß die Regierung aber es bisher in Ermangelung genügend zuverlässiger militärischer Informationen nicht gewagt habe, hiergegen einzuschreiten. Die Angeklagten können mithin der Auffassung sein, daß der einzige Schutz gegen die Putschbestrebungen von rechts die Bewaffnung der Arbeiter bildet. Als eine der leitenden Persönlichkeiten benennt der Verteidiger den bekannten Hauptmann Meiser. Er überreicht dem Gericht Originalbefehle des Freikorps Meiser, ebenso eine Landkarte, auf der die Standorte des Freikorps, welches die Regierung zu stützen beabsichtige, bezeichnet sind.

Zuletzt Fränkel beantragt, die Herren Scherber, Richter, Potentzauer zu laden, die Mitglieder einer Orgeschliste in Weissenfer sind. Diese Zeugen werden Auskunft über vorhandene Waffenslager in den Waffenslagern in Weissenfer geben.

Staatsanwalt Kamm in hält die Angeklagten auch dann für schuldig, wenn den Beweisangaben entsprechend verfahren wird. Wenn man zum Grundgesetz machen wolle, erst müsse sich eine Partei entzünden lassen, ehe die andere darauf eingehe, komme man nie zu Rande. Schließlich verliert der Staatsanwalt an die Provokation der Verteidigung, daß gegen den Hauptmann Meiser Haftbefehl besteht. „Der wird aber nicht ausgeführt“, antwortet ihr Verteidiger Fränkel.

Der Gericht gibt den Beweisangaben betreffend die Weissenfer keinen Wert, lehnt die übrigen jedoch ab.

In der Beweisaufnahme wird als erste die Mutter des Angeklagten Fall vernommen. Sie und andere Zeugen schildern Fall als einen Menschen mit fränkischem Hang zum Lügen und geistig minderwertig. Als sechs Jahre alter Knabe hat er durch Mißhandlung eine Gehirnerschütterung erlitten. Sachverständiger Dr. Leppmann hält Fall für einen Menschen mit starken feistlichen Abweichungen, die sich besonders in planmäßiger Eigenartlichkeit äußern. Er komme aus einer schwer belasteten Familie. Jedenfalls könne man auf seine Aussagen nichts geben.

Auf Antrag der Verteidigung beschließt das Gericht, die Angeklagten Woda, Stern, Winter, Wacker, Wodow, Wodow, Jakob und Coall aus der Haft zu entlassen, da der Verdacht gegen sie nach dem Zusammenbruch der Aussagen des Fall nicht mehr dringend sei. Die übrigen Angeklagten sollen aus der Einzelhaft entlassen werden und mit andern Untersuchungsgefangenen untergebracht werden.

Der Angeklagte Krüger wird auf Vorstellungen des Krankheitsarztes von der Verhandlung dispensiert.

Regierungsrat Weich, der Leiter der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums, sagt aus, das Material zu der Anklage habe er zuerst von Fall bekommen. Das Material mit Kalbs- und Hammerbraten durch den Kriminalkommissar Maßbach sei erst nach der Anklage und nach der Anfertigung des Protokolls erfolgt. Orgeschorganisationen befinden in Berlin nicht, nur ein Selbstschutz, über dessen Bestand im Ministerium des Innern entschieden werde. Zu einem Antrag auf Haftentlassung Falts äußert sich das Gericht dahin, daß zwar durch die heutige Verhandlung das bisherige Bild eine bedeutende Veränderung erfahren habe, die Haftentlassung Falts aber bis nach Beendigung der Zeugenvernehmung vorbehalten bleiben müsse.

Der Kampf um Groß-Berlin geht weiter.

Wie aus Berlin berichtet wird, hat die preussische Regierung für die neugewählten Stadträte von Groß-Berlin die Bestätigung vorläufig nicht erteilt. Sie soll erst erteilt werden, wenn die Landesversammlung die Anträge auf Abänderung des Gesetzes erledigt hat. Am Freitag wurde im 17. Ausschuss der Landesversammlung darüber beraten. Die Aufhebung des Inkrafttretens wurde zwar abgelehnt, dafür aber beschlossen, daß von den 30 Magistratsmitgliedern 12 unbesoldete sein müssen. Die unbesoldeten Magistratsmitglieder werden nämlich nach dem Verhältniswahlsystem besetzt, wobei die Bürgerlichen glauben, um einige Sitze besser fahren zu können. Außerdem soll der Einfluss einer sozialistischen Mehrheit durch Aufhebung der Bestimmung, nach der die erste Wahlbestimmung der Vorsteher und Stellvertreter der Bezirksämter durch den Berliner Magistrat erfolgt, beschränkt werden. Diese Bestimmung sowie auch die anderen jetzt von den Bürgerlichen so arg befürchteten, waren ursprünglich gedacht, dem altgewohnten bürgerlichen Einfluss kräftige Stützen auch für die Zukunft zu bauen. Nachdem dieser Verlust durch die völlige Umwälzung der parlamentarischen Verhältnisse in Berlin nicht mehr zu vermeiden ist, versucht man auf dem Wege über die Landesgesetzgebung den erlittenen parlamentarischen Einfluss zu beschneiden.

Die sozialistischen Fraktionen hatten das bürgerliche Element durchaus nicht ausgeschlossen, sondern für die Sachbesorgnisse auch Fachleute ohne Rücksicht auf ihre bürgerliche Auffassung gewählt, einsig und allein die Qualifikation maßgebend sein lassen. Obwohl die Bürgerlichen bei der Wahl verlusten, andere, auch ihrer politisch-rückwärtsgerichteten Auffassung entsprechende Sachbesorgnisse durchzusetzen wollten, so ist es jetzt, wohl in Sorge darum, die Unzulänglichkeit der ganzen am Mittwoch und Donnerstag für die Groß-Berliner Verwaltung in der Stadtverordnetenversammlung vorgenommenen Wahlen könnten die beiden Mehrheitsfraktionen auch zu einer anderen Besetzung der jetzt bürgerlichen übertragenden Ämter veranlassen, die Wahlen für die Sachbesorgnisse aufrechterhalten zu wollen. Daraus erhebt man am besten, worum es diesen Herrschaften bei allem Gelächel nach Ausschaltung der Parteipolitik in Wirklichkeit zu tun ist.

Veranschlagte Steuern und Zolleinnahmen 1920.

Nach dem Vorschlag der allgemeinen Finanzverwaltung der Reichseinnahmen aus Steuern und Zöllen im Rechnungsjahr 1920 sollen aufgebracht werden durch Einkommensteuer 12.000, Körperschaftsteuer 900, Kapitalertragsteuer 1300, Reichsloose 3500, Verbrauchsteuer 100, Erbschaftsteuer 620, Umsatzsteuer 3850, Grunderwerbsteuer 220, Reichssteuergeld 400, Abgaben von Personen- und Güterverkehr 930, Kriegsgeld von Vermögenszuwachs für 1919 3500, für 1920 4500, Zolleinnahmen 2500, Kohlensteuer 4500, Tabaksteuer 1000, Biersteuer 100, Weinsteuer 200, Schaumweinsteuer 100, Branntweinmonopol 250, Zuckersteuer 100, Spielkartensteuer 12 Millionen.

Zu den einzelnen Posten sei noch bemerkt: Das gesamte Einkommen aus dem „Reichsmonopol“, das in jährlichen Raten einfließt, wird auf 45.000 Millionen geschätzt. Ursprünglich wollte man 80 bis 90 Millionen herauskriegen, schätzte vermindert jedoch, bis auf die 45 Milliarden bei weitem nicht erreicht werden. Überhaupt ist es nach den Erfahrungen, die bisher mit den Vorschlägen und Schätzungen gemacht wurden, sehr zweifelhaft, ob die einzelnen Steuern und Zölle tatsächlich die eingelegten Erträge bringen werden. Von der Erbschaftsteuer sollen ein Drittel, von der Umsatzsteuer 15 vom Hundert, von der Grunderwerbsteuer die Hälfte den Ländern überwiesen werden.

Die Katholiken und die Lage in Oberschlesien.

Gleiwitz, 27. September. Die katholische Volkspartei für das Abstammungsgebiet in Oberschlesien befaßt sich achtern auf einem Parteitag mit der oberstschlesischen Frage. Es wurde einstimmig eine Entschließung gefasst, die folgendes festsetzt: 1. Wir bleiben bei Deutschland, 2. wir lehnen jeden Nationalitätenkampf ab und erheben die Gleichberechtigung für alle Oberschlesier und 3. wir fordern die Selbständigkeit im Rahmen der deutschen Reichseinheit, die zur Verwirklichung der Gleichberechtigung notwendig ist. (Zu.)

Der Krieg im Osten. Kündigung des polnisch-litauischen Waffenstillstandes.

Warschau, 25. September. (Zu.) Die polnische Regierung hat an den Rat des Völkerbundes eine Note gerichtet, in der sie mitteilt, daß sie den Waffenstillstand mit Litauen gekündigt habe, weil Litauen die polnischen mit der Entschleunigung des Völkerbundes übereinstimmenden Vorschläge abgelehnt habe. Weiterhin sollte die Tatsache, daß Litauen erlaube, daß aus Litauen entlassene dort internierte Bolschewiken, sowie 2.000 deutsche Spatzen durch Litauen gehen, um sich den roten Heeren anzuschließen, einen Beweis dafür, daß Litauen die polnischen Vorschläge zusammenarbeitet. Polen will Litauen für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich und behält sich die gleichzeitigen militärischen Maßnahmen vor.

London, 25. September. (Reuter.) Der litauische Geschäftsträger hat den Völkerbund ersucht, den polnischen Angriffen sofort Einhalt zu gebieten.

Weitere polnische Erfolge.

Die Polen melden in ihrem Heeresbericht erfolgreiche Kämpfe bei Südbuch des Pripiets, bei Sahlaw, am Niemen und in der Richtung gegen Grodno. Nördlich des Pripiets soll auf breiter Front eine große Schlacht im Gange sein.

Warschau, 27. September. (Zu.) Nichtamtlich wird gemeldet: Am Freitag brachte die 27. polnische Kavallerie-Division der 47. Sowjet-Division eine schwere Niederlage bei und machte große Kriegsbeute. Die polnische 27. Kavallerie-Division erlitt bei der Verfolgung der 47. Sowjet-Division ebenfalls schwere Verluste. Die polnischen Truppen sind bis in die Nähe von Sahlaw vorgedrungen. Nördlich des Pripiets wurden auf der ganzen Front bolschewistische Angriffe zurückgeschlagen und mehrere 1000 Gefangene gemacht.

Die Verschiebung des englischen Bergarbeiterstreiks.

London, 25. September. Der Bergarbeiterführer Smillie eröffnete die gestrige Zusammenkunft, in welcher zuletzt beschlossen wurde, auf Grund des Ersuchens von Lloyd George, die Streikankündigung um eine Woche hinauszuschieben, mit der Erklärung, daß die Bergarbeiter diesen Streik mit erstem Widerwillen

beginnen würden, weil sie keinerlei Forderungen trügen, der Nation einen so großen Schaden zuzufügen. Der ausführende Rat könne aber nichts anderes tun, als seinen Anhängern zu befehlen, für den Streik einzutreten. Er fügte aber hinzu, daß Maßnahmen getroffen seien, durch die das Inkrafttreten der Kohlengruben geschlossen werde. Lloyd George erklärte, daß die Ankündigung Smillies für Millionen Menschen von schweren Folgen sein würden. Die Regierung bedauere aufrichtig, daß die Bergarbeiter nicht dazu zu bewegen gewesen seien, einen unparteiischen Gerichtshof anzunehmen und daß sie Gewaltmaßnahmen den Vorschlag geben. Er sei davon überzeugt, daß sein Vorschlag einer Lohnerhöhung, der von der Höhe der Erzeugung abhängt, nicht nur den Bergarbeitern das sicherstellen würde, was sie verlangen, sondern daß sie auf diese Weise im allgemeinen mehr verdienen würden, als sie je durch den Streik erzielen könnten. Die Regierung hat aber jedenfalls für den Fall eines Streikes alles unternommen, daß es für das Land nicht zu Schwierigkeiten komme. Die Regierung hatte die vorhandenen Kohlenvorräte für genügend und habe alle Transportmittel flüchtig. Weiter habe man, um vorzubeugen, die Sommerzeit, die in der Nacht vom Sonntag zum Montag zu Ende gehe, um vier Wochen verlängert. Lloyd George erklärte, ihm sei eine Einigung lieber als ein Sieg, auch wenn es sich um einen Sieg der Regierung handle.

Die Tagung der Bergarbeiter ist bis Donnerstag verschoben worden.

Bevorstehender Rücktritt Smillies?

London, 26. September. (W. T. B.) Die Delegierten der Bergarbeiter verhandeln gestern mit den Unternehmern über die Festsetzung einer Grundlage für die Lohnerhöhung. Smillies bemühte sich, eine friedliche Lösung des Konfliktes herbeizuführen, gab aber, verstimmt durch die Opposition einer Anzahl Delegierter, dem Aktionsausschuß zu verstehen, daß sein Rücktritt bevorstehe.

Deutschland.

Der Abtransport der übergetretenen Russen.

Französische und polnische Blätter haben die Behauptung aufgestellt, von den übergetretenen Russen seien nur 12.000 Mann in das Innere Deutschlands abtransportiert worden, während die übrigen 33.000 Mann über die Grenze zu den Bolschewiken zurückgekehrt seien. Demgegenüber stellt eine von Wolff verbreitete Richtigstellung folgendes fest:

Tatsächlich sind bis zum 22. September abtransportiert worden: von Pillau über See unter Vermeidung des sogenannten Korridors 33.000 Mann, mit der Eisenbahn durch den Korridor 12.000 Mann. In Ostpreußen befinden sich noch 434 nicht transportfähige Kranke und 915 Mann zur Wiederinstandsetzung der bisher benutzten Vagen.

Teilnahme Deutschlands an einer Völkerbundskonferenz. Wie von Regierungsseite mitgeteilt wird, hat der Generalsekretär des Völkerbundes eine Einladung an die deutsche Regierung zur Teilnahme an der am 15. Oktober in Paris stattfindenden Konferenz des Völkerbunds auszusprechen für Verkehr- und Transportfragen ergehen lassen. Die deutsche Regierung hat diese Einladung angenommen und wird nachher zu dieser Besprechung, auf der vor allem eine Erleichterung des internationalen Reiseverkehrs, besonders der Fahrkarten, Post- und Postfragen, erörtert werden soll, entsenden.

Bayerische Regierungsvorsteher in Ungarn. Wie aus Budapest gemeldet wird, sind der bayerische Außen- und Volksernährungsminister Ruyhoffer in Begleitung der Ministerialräte Dr. Fischer (Ackerbauministerium), Dr. Lindner (Handelsministerium) und des Regierungsrates Dr. Hergt in Budapest, eingeladen, um mit der ungarischen Regierung wirtschaftliche Verhandlungen zu pflegen. Die bayerischen Delegierten werden drei Tage in Budapest verweilen und auch mit dem Handels- und Volksernährungsminister Beratungen haben.

Kleine Auslandsnachrichten.

Ein internationaler Freihandelskongress.

Der Londoner Cobden-Klub beruft einen internationalen Freihandelskongress, der vom 5. bis 7. Oktober in London tagen soll und zu dem Volkswirtschaftler Mitteleuropas und Amerikas eingeladen sind. Der Kongress wird die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Möglichkeit einer Verbesserung durch den Freihandel prüfen.

Antijapanische Verschwörung in Korea. Nach einer Neuterhebung aus Tokio sind die Hauptkultivator einer Verschwörung verhaftet worden, die einen Aufstand in Korea bezweckte. Wie japanischen Beamten und japanfreundlichen Koreaner sollten ermorbert werden.

Hilfsfonds aus dem hungernden China. Nach Meldungen aus Peking richtet das Hilfskomitee zur Verringerung der Hungersnot an die gesamte Welt einen Ruf um Unterstützung. Es erklärt, die Hungersnot sei ernstester als die bisher darüber verbreiteten Meldungen annehmen ließen. Wenn nicht bald Hilfe geleistet werde, seien zahllose Menschenleben verloren.

Die Sozialistenverfolgung in den Vereinigten Staaten. Nach einer Timesmeldung aus Washington wurden in Chicago und anderen Orten bei „Anarchisten“ Hausdurchsuchungen abgehalten, wobei die Polizei zahlreiche Drohbriefe beschlagnahmte.

Vom Bürgerkrieg in Irland. Nach Meldungen aus Belfast kommen dort dauernd Unruhen vor. Am Sonntag fanden in verschiedenen Stadtteilen Zusammenkünfte mit der Polizei statt. Ein Polizist und drei Zivilisten wurden getötet. Unter den Verletzten befinden sich zwei schwerverletzte Polizisten und mehrere Zivilisten, von denen sechs ins Krankenhaus gebracht worden sind. — Zwei bewaffnete Männer brannten in das Dubliner Hauptpostamt ein, überwältigten den Wächter, brennten den Geldschrank und raubten mehrere Tausend Pfund Sterling.

Der Sonderzug des Präsidentschaftskandidaten Cox verunglückt. Eine Meldung aus Phoenix (Arizona) zufolge ist der Sonderzug des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Cox auf der Strecke nach Prescott infolge Schienenverwerfung in Trümmer gegangen. Cox und seine Begleiter erlitten keinen ernstlichen Schaden.

Von Nah und Fern.

Mord an einer Schauspielerin.

TU. Berlin, 27. September. Mord an einer Person in der Bülowstraße wohnende Schauspielerin Erna R. wurde in ihrem Zimmer ermordet aufgefunden. Der Verdacht ruht auf dem Geliebten der Ermordeten, einem aus Breslau stammenden Kaufmann.

Schweres Fliegerunglück.

London, 25. September. Während eines Veranigungsfluges auf dem Flugplatz von Northolt in der Nähe von Harrow stieg ein großes mit sechs Personen besetztes Flugzeug in Trümmer. Drei Männer, darunter der Pilot, wurden getötet, und zwei Frauen wurden verletzt, ein Mädchen schwer verletzt.

Große Heberschwemmungen in Südafrika. Grenoble, 25. September. Folge wasserbruchariger Regenfälle sind die Flüsse in dem Gebiet von Haute-Marienne über die Ufer getreten, haben Straßen, Fabriken und Mühlen zerstört und die Eisenbahnen unterbrochen. Der Schaden wird auf rund 20 Millionen Franc geschätzt. Der Zugverkehr nach Italien ist eingestellt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleischer in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfasst 8 Seiten.

Nützliche Bekanntmachungen.

Vom 1. Oktober 1920 ab werden die Geschäftsräume des Standesamtes Leipzig VII (Dölln) nach Leipzig-Connewitz, Waldowstraße (Standesamt VI) und diejenigen des Standesamtes Leipzig VIII (Möckern) nach Leipzig-Gohlis, Kirchplatz 1 (Standesamt III) verlegt.

In den bisherigen Geschäftsräumen der Standesämter VII und VIII werden dann keine Amtshandlungen mehr vorgenommen.

Leipzig, am 25. September 1920. Stand.-A.-St. Leipzig, am 25. September 1920. Der Rat der Stadt Leipzig.

K.-B.-G., Dittmering 3a.
Getragene Militär-Schnür-, Schaft- und Langstiefel sowie Holzkübel mit Lederbelag und Lederkappe, von Größe 42-45, kommen ab Dienstag, den 28. September, von 9-4 Uhr, unter Vorlegung der Haushaltkarte Nr. 40 und des Wohnungsscheines, zum Verkauf.
Kleider-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. Kleiderkette der Stadt Leipzig.

Zwenkau, Sonderlebensmittelfarm „Ausgabe“
gibt für Kinder bis zu zwei Jahren, für Schwangere usw. am Dienstag, den 28. September 1920, Stillende Mütter haben Stillbehälter mitzubringen.

Sparkasse Borsdorf.
Tägliche Verzinsung 3 1/2 Proz. im Monat. Einlagekonto in der Sparkasse. Geschäftszeit wochentags 8-2 Uhr. Postfachkonto: 8824.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Mit-Leipzig, Bezirk Süden. Mittwoch, den 29. September, abends 7 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Volkshaus (Gemeinschaftssaal). Tagesordnung: Die gegenwärtige Finanzlage in der Kommune. Ref.: Genosse **August Lehmann**. 2. Ausdrücke hierzu. Freunde und Gönner sind mit eingeladen.
Der Bezirksvorstand.

Ortsverein L.-Ost.

Dienstag, den 28. September, abends 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
in den Drei Mohren, L.-Anger.

Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über die Frage der 3. Internationale.
2. Vereinsmitteilungen.
Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Lichtspiele
Weltpanoptikum
L.-Lindenau. Inh.: Willy Störmer, Lützner Str. 19
Ich bringe heute zum letzten Mal
I. Teil **Harry Hill!** I. Teil
Das unbewohnte Haus
Verlängerung unmöglich.
In kurzer Zeit folgt der II. Teil.
Geheimbund der Falken.
Eintritt 5 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

2 billige Fischtage 2

Montag - Dienstag

bel den Mitgliedern der
Einkaufsgenossenschaft Leipziger Fischhändler
aus Montag eintreffenden Zufuhren
40 000 Pfund prima Holländer Schellfisch
1 Pfund 2 Mark.

Konsumverein Liebertwolkwitz und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht		Bilanz am 30. Juni 1920.	
Vermögen		Schulden	
An Kassenbestand	922.	An Warenschulden	116 338.41
An Warenbestand	1 794.10	An Lieferanten	730.00
An Inventarbestand	208 462.50	An Mitgliederanteile	30 929.34
An Einlagebestand	1.00	An Kasse	500.00
An Bankguthaben und Zinsen	591.20	An Reservefonds	13 149.50
An Anteil bei d. Grobeinkaufsgesellschaft	11 904.30	An nicht erhaltene Rückstellungen	8 312.00
An Anteil bei der Verlagsgesellschaft	4 000.15	An nicht erhaltene Anteile	23.60
An Obligationen bei der Grobeinkaufsgesellschaft	1 533.59	An Reingewinn	217.06
An Girokonto bei der Grobeinkaufsgesellschaft	3 000.00		61 586.94
	500.01		
	Zusammen 231 786.85		Zusammen 231 786.85

Vorliegender Rechnungsabschluss ist geprüft und mit den Büchern übereinstimmend befunden worden.
Der Aufsichtsrat: Reinhard Schirmer.
In der Generalversammlung am 21. August 1920 wurde eine Rückvergütung von vier vom Hundert beschlossen.

Mitgliederbewegung:
Bestand am 1. Juli 1919 759 Mitglieder, neu eingetreten 109 Mitglieder, zusammen 868 Mitglieder. Ausgetreten durch Kündigung 24, durch Tod 3 Mitglieder, bleiben 841 Mitglieder. Die Mitgliederanteile betrugen am 1. Juli 1919 27 807.60 Mk., dieselben vermehrten sich im Jahre 1919/20 um 3121.74 Mk., Gesamtbeitrag am 30. Juni 1920 30 929.34 Mk., Die Gesamtsumme betrug am 1. Juli 1919 37 950 Mk., dieselbe vermehrte sich im Jahre 1919/20 um 4100 Mk., sie betrug demnach am 30. Juni 1920 42 050 Mk.

Konsumverein für Gaußsch und Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Mittwoch, den 29. September abends 7 Uhr
(nicht Donnerstag, den 30. September)

General-Versammlung

im Alten Gasthof zu Gaußsch.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht des Aufsichtsrats. 3. Rechnungslegung der Jahresrechnung sowie Entlassung des Vorstandes. 4. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinnes. 5. Neuwahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern und drei Verwaltungsratsmitgliedern. 6. Bericht der Verwaltung über die Verhandlung mit der Verwaltung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz wegen Verdrängung. 7. Bericht über den Wert des genossenschaftlichen Zusammenstehens. Referent: Verbandssekretär Gessarth.

Zutritt nur gegen Vorweisung der Markenkarte.
Der Aufsichtsrat: Joh. Frische, P. Winkler.

Achtung, Mieter Taucha!

Dienstag, den 28. September 1920
abends 7 1/2 Uhr
Öffentliche Mieter-Versammlung
im Goldenen Löwen, Taucha.

Tagesordnung:
1. Mieter und Mietpreissteigerung. Referent: Stadtverordneter **Emil Bobach**. 2. Ausdrücke.
Es muß sich jeder Mieter zur Pflicht machen, um sich vor übertriebenen Mietsteigerungen zu schützen, in der Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand des Ortsvereins Taucha
U. S. P. D.

Leipziger Bücher-Ramisch-Salle
Burgstraße 22-24, gegenüber dem Adlerhof.
Bücher, Zeitschriften, Unterhaltungs- und Jugendbücherei.
Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang.
Ankauf von Büchern außer Zeitschriften u. Schulbüchern.

Große billige Seefisch-Tage

Blutreicher Selgöländer	1.90	Gratist!
Angel-Schellfisch	1.90	Gratist!
H. Seelachs, Kabeljau	3.00-3.30	Gratist!
ohne Kopf	2.50	Gratist!
Feinste Fischfoteletten	3.80	Gratist!
Täglich frisch aus dem Rauch:		Gratist!
H. Kieler Speck	6.50	Gratist!
Bollbällchen	6.50	Gratist!
Das Feinste was es gibt!		Gratist!
7 1/2 Pfund-Riste	34.00	Gratist!
H. geräuch. Fisch-Speck	5.00	Gratist!
H. neue Schottländer		Gratist!
Fett-Bollheringe	4.75	Gratist!
H. Norweg. Bollheringe	2.25	Gratist!
H. Herings-Rogen	0.75	Gratist!
H. Del.-Herings-Milch	1.50	Gratist!

Spezial-Herings- und Fischwaren-Großhandlung
Walter Baumann
Wurzner Str. 2a :: Tel. 60721
Mittags von 1 bis 3 Uhr geschlossen
Strahlenbahn 8, 20 und 21.

Hollenkamp

Soeben eingefroren!

Großer Posten

reinwollene
Kostüm-Stoffe

auch für moderne
Knaben-Anzüge u.
Überzieher hervor-
ragend geeignet
Preis pro Meter
M. 78 00

H. Hollenkamp & Co

Brühl Nr. 28-32 Leipzig Ecke Reichsstr.
Erstes Herren-Bekleidungshaus

Verband der Gemeinde-u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig
Volkshaus (Saalgebäude). Geschäftszeit: 8-10 Uhr vormittags, 12-1 Uhr nachmittags, Donnerstags und Freitags 4-6 Uhr nachmittags.

Dienstag, den 28. September, abends 7 1/2 Uhr
im Sanssouci, Elsterstraße
Versammlung aller in städt. Betrieben
beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den gescheiterten Verhandlungen mit dem Arbeit-
geberverband sächsischer Gemeinden. 2. Bericht über die
wichtigen Entscheidungen zu treffen sind, ist es notwendig, daß diese Ver-
sammlung zu einer Massentendenz der städtischen Arbeiterschaft wird.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig
Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Victoria), Zimmer 21. Telefon 3426.
Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.
Arbeitsnachweis: Milngasse 26, S. II., Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Arbeiter im Eisengroßhandel

Dienstag, den 28. September, abends 7 Uhr, im Pantheon, Dresdner Str.

VERSAMMLUNG
Tagesordnung:
Stellungnahme zum Schiedspruch des Schlichtungsausschusses.
Zahlreiches Erscheinen erforderlich. Die Sachgruppenleitung. J. M.: Wittke.

Austrägerinnen der Leipziger Volkszeitung

Mittwoch, den 29. Septbr., abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Nebenraum links

VERSAMMLUNG
Tagesordnung:
Stellungnahme zu
verschiedenen wichtigen Berufs- und Betriebsangelegenheiten.
Die Sachgruppenleitung. J. M.: Anes Börg.

Achtung, Geschirrführer und Arbeiter

in den Schwerfuhrwerks-, Speditions- u. Kohlenbetrieben.
Freitag, den 1. Oktober, abends 7 Uhr, im großen Saal des Volkshauses

VERSAMMLUNG
Tagesordnung:
Bericht über den in Dresden gefällten Schiedspruch zwecks
Einführung eines Tarifvertrages. Beschlußfassung hierzu.
Gewerkschaftliches. - Diskussion.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, pünkt-
lich zu erscheinen.
Die Sektionsleitung. J. M.: Richard Senf.

Achtung! Möbelpacker u. Träger Achtung!

Dienstag, den 28. September, abends 7 Uhr, im Apfelbaum, Burgstr. 7

WICHTIGE VERSAMMLUNG
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet Die Sektionsleitung. J. M.: Dr. Kern.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. September.

Parteilangelegenheiten.

Parteileitung.

Dienstag, den 28. September, abends 7 Uhr, Braustraße 17, parterre rechts, Sitzung.

Alt-Leipzig, Bezirk Süden. Dienstag, den 28. September, abends 8 Uhr, Sitzung sämtlicher Gruppenleiter im Volkshaus. Die Bezirksleiter.

Ortsverein Leipzig-Mt. Heute abends 7 1/2 Uhr in der Silberpappel: Diskussionsabend.

Kreuzlich. Mittwoch, den 29. September, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärsitzung im Kohlgarten. Funktionärarten und -binden mitbringen.

Westbezirk. Die Fortsetzung der Verammlung des Westbezirks findet nicht Dienstag, den 28. September, sondern Donnerstag, den 30. September, in den Westendhallen statt. Der Bezirksleiter.

Ortsverein Kleinjohann. Dienstag, den 28. September, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung in der Terrasse.

Städtischer Thonberg. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, in Stadt Hof, Frauenabstufungsabend. Genosse Alfred Krehlmar referiert über: Die Parteien und die Frau. Alle Genossinnen, insbesondere die Funktionäre sind herzlich eingeladen.

Markantkämpfe. Der Vorstand des Ortsvereins, der Kartell-ausschuß und die Vorsitzenden der Sportvereine treffen sich Mittwoch, den 29. September, abends 8 Uhr, zu einer gemeinschaftlichen Sitzung in der Turnhalle der Freien Turnerschaft.

Industrie-Gruppenrat 11. Dienstag, den 28. September, abends 8 Uhr: Sitzung im Volkshaus, Zimmer 1.

Arbeiter-Bildungsinstitut.

Heute abends 7 1/2 Uhr: Lichtbildvortrag von Dr. Popitz im Goldenen Krone in Connewitz.

Dienstag abends 7 1/2 Uhr: Lichtbildvortrag im Felsenkeller.

Der vergessene Patient.

Am 8. September ereignete sich in den Eisenbahner-Kästen in Engelsdorf ein schwerer Unfall, bei dem einem dort beschäftigten Schlosser ein Bein zertrümmert wurde. Der Verunglückte wurde sofort in das Krankenhaus St. Jakob gebracht. Die Sanitätär der Werkstätten hatten als selbstverständlich erwartet, daß dem Schwerverletzten sofort ärztliche Behandlung zuteil werde, es wurde ihnen aber mitgeteilt, der Verunglückte sei zum Mittag bis zum Abend ohne jede ärztliche Hilfe geblieben. Sie richteten daher an das Krankenhaus folgende Anfrage:

Am 8. September, mittags 12.50 Uhr, verunglückte der Schlosser Krüger in der Lok.-Werkstatt der sächsischen Staatsbahn in Engelsdorf bei Leipzig. Die dortigen Sanitätäre legten ihm den Notverband an und lieferten Krüger mit dem Werkstattrauto 1.25 Uhr im Krankenhaus St. Jakob, Liebigstraße, ein. Krüger wurde sofort auf eine Trage der Aufnahmeabteilung gelegt, es wurde von dort nach einem Arzt telephoniert zwecks sofortiger Operation. Die Sanitätäre verließen den Verletzten in dem guten Glauben, daß in einem Krankenhaus eine sofortige einwandfreie Behandlung vorgenommen wird. Es gelangte aber die Beschwerde an den Betriebsrat, Krüger sei erst um 7 Uhr zur Operation gekommen, der Knochen sei schon schwarz gewesen, und so mußten einige Zentimeter davon entfernt werden. Krüger erhält wahrscheinlich ein verkrüppeltes Bein, was möglicherweise seine Vermeidung werden. Wir ersuchen um Aufklärung in diesem Fall und fragen an, ob im Krankenhaus immer Verletzte anwesend sind oder ob auch für schwere Fälle nur bestimmte Sprechstunden sind. Es würde vielleicht angebracht sein, wenn die Sanitätäre Schwerverletzte nicht eher verlassen, bis ein Arzt zur Stelle ist.

Sanitätär Stein, Stiebert und Preißner.

Diese Anfrage unterbreiteten wir der Krankenhausverwaltung St. Jakob mit dem Ersuchen, uns über den Vorfall Aufklärung zu geben, bevor wir die Sache in der Öffentlichkeit behandelten.

Darauf ist uns folgendes Schreiben zugegangen:

Leipzig, den 21. September 1920.

An die Redaktion der Leipziger Volkszeitung.

Auf Ihre Anfrage vom 21. 9. 1920 erlauben wir uns folgendes mitzuteilen:

Nach Aufnahmebericht des städtischen Krankenhauses St. Jakob ist der Patient Willi Krüger am 8. 9. 1/2 Uhr nachmittags, in das hiesige Krankenhaus eingeliefert worden. Er wurde auf die chirurgische Barade 8 verlegt. Der betreffende Stationsarzt wurde gegen 1/3 Uhr telephonisch vom Eintreffen des Patienten benachrichtigt.

Der ärztliche Dienst in der Klinik ist folgendermaßen geordnet: Es hat täglich ein Assistent 24 Stunden Dienst und ist während dieser Zeit ununterbrochen im Krankenhaus. Er hat die Verpflichtung, jeden dringenden Fall, der seinen Ausschub bedarf,

somit ärztlich zu versorgen. Außerdem besteht die Einrichtung, daß auch der Stationsarzt, auf dessen Barade eine Neuaufnahme eines Kranken erfolgt, in jedem Falle sofort vom Pflegepersonal, sowohl bei Tag, wie während der Nacht, verständigt wird. Ist derselbe abwesend, so übernimmt der diensthabende Arzt die Versorgung. Im anderen Falle verfügt der Stationsarzt selbst den Kranken seiner Station. Diese Einrichtung hat den Vorzug, daß der Stationsarzt, der die weitere Behandlung des Patienten zu leisten hat, über die Eigenart des Falles genauer orientiert ist, wenn er selbst bei der Operation anwesend war oder sie selbst ausgeführt hat.

Im vorliegenden Falle kam aus den telephonischen Anrufen der betreffende Arzt sofort in das Krankenhaus, fand auf einer anderen, ihm noch unterstehenden Station sehr viel Arbeit vor und verzögerte im Grunde der Arbeit der oben genannten Patienten. Dieses Vorwissen ist bedauerlich und hat auch der betreffende Herr von Herrn Geheimrat Bayr deshalb eine ernste Rüge erhalten.

Der Patient selbst hat durch die verspätete Versorgung keinen Nachteil erlitten. Der Knochen ist nicht abgetrennt, sondern es wurde ein Stütz Knochen deshalb entfernt werden, weil eine kleine örtliche Zerkümmern desselben vorlag. Das Stütz Knochen hätte auch bei sofortiger Versorgung entfernt werden müssen. Auch der weitere bisherige Verlauf des Falles ist durchaus normal. Es kann daher mit Bestimmtheit behauptet werden, daß in diesem Falle ein Nachteil aus der verspäteten Versorgung für den Patienten nicht erwachsen ist.

Das Krankenhaus muß also zugeben, daß ein schwerverletzter Patient einfach vergessen worden ist. Das ist ein ganz unglaublicher Vorgang, der das Vertrauen in die Leitung des Krankenhauses aufs schwerste erschüttern muß. Wie kann es überhaupt möglich sein, daß ein Schwerverletzter „vergessen“ wird? Selbst wenn der diensttuende Arzt durch Arbeit überlastet ist und damit bis zu einem gewissen Grade zu entschuldigen wäre, so mußte doch in einem solchen Institut die Garantie gegeben sein, daß die Patienten nicht auf die Zuverlässigkeit eines Mannes angewiesen sind. Schärfste Kritik verdient es doch schon, daß der Verletzte um 1/2 Uhr ins Krankenhaus eingeliefert wird, daß aber der Arzt erst um 1/3 Uhr die Nachricht erhält. Es mußte doch auch jemand in der Barade sein, der den Arzt auf die Dringlichkeit der Hilfe aufmerksam gemacht und, wenn notwendig, noch einmal daran erinnert hätte. Wenn in diesem Falle dem Verletzten kein dauernder Schaden erwachsen wird, so ist das keine Entschuldigung für die verspätete Behandlung. Ist es überhaupt erst einmal möglich, daß ein Patient „vergessen“ wird, so kann das unter Umständen für den Patienten sehr verhängnisvoll werden. Daher müssen von der Krankenhausverwaltung Vorkehrungen verlangt werden, damit sich ein solch unerhörter Vorfall nicht wiederholt.

Der Kartoffelwucher und die Eisenbahner.

Mit der Aufhebung der Zwangsabgabe der Kartoffeln haben sich die Großhändler in wilder Spekulationswut auf die Ausbeutung der Kartoffelernte geworfen. In ganz Sachsen haben Großhändler die Kartoffeln bei den Produzenten aufgekauft, wobei in der Regel Preise von 32 bis 35 Mt. für den Zentner geboten worden sind. Im allgemeinen haben die Händler die ganze sächsische Kartoffelernte aufgekauft. Da die Großhändler selbstverständlich einen gehörigen Profit einstreichen wollen, kann man mit Sicherheit rechnen, daß diese Kartoffeln nicht unter 45 bis 50 Mt., vorausichtlich aber noch zu höheren Preisen an die Konsumenten abgegeben werden. Es besteht auch keine Aussicht, daß etwa mit Hilfe des Wucherparagrafen gegen die Spekulanten eingeschritten werden könnte, denn von der Reichsbehörde ist ja für die Produzenten ein Preis von 31.75 Mt. für den Zentner als notwendig „berechnet“ worden. Die breite Masse der Konsumenten wird also mit überhöhten Kartoffelpreisen rechnen müssen, wenn es den Arbeiterorganisationen nicht gelingt, der Spekulation entgegen zu wirken. Erfolgreichweise regen sich die Arbeiterorganisationen energig, wie folgender Bericht zeigt:

Am 25. September fand eine Versammlung der Betriebsräte verschiedener Dienststellen sowie des Bezirksrates des Bezirks Leipzig der Reichsbahn statt, um zu der Kartoffelversorgung Stellung zu nehmen. Die Beschlüsse aus Beamten- und Arbeiterfreien in Bezug auf Versorgung mit Kartoffeln laufen massenhaft bei der Organisation und bei den Betriebsräten ein. In den landlichen Bezirken haben die Eisenbahner ebenfalls schon dazu Stellung genommen. Es ist in diesen Orten beschlossen worden, sollte die Regierung nicht recht bald einreisen, so verweigern die Eisenbahner die Beförderung der Kartoffeln solange, bis der Preis der Kartoffeln soweit heruntergesetzt ist, daß auch der untere Beamte und Arbeiter in der Lage ist, sich mit Kartoffeln einzudecken. Da vermutet wird, daß ein großer Teil Kartoffeln in das Ausland verschoben wird, wurden die Betriebsräte aufgefordert, darauf ein wachsam Auge zu haben. Die Erbitterung unter den Eisenbahnern ist deshalb groß, weil erstens bei den Verhandlungen über den Reichslohnstarif von Seiten der Verwaltung immer erklärt wurde, daß ein Rückgang der Preise zu merken sei und voraussichtlich noch anhalten würde. Zweitens: Bei den Beamten deshalb, weil die Verhandlungen über das Besoldungsgehalt keinen Fortschritt machen und es immer noch einen großen Teil untere Beamte gibt, die für einen Monatsgehalt von noch nicht einmal 700 Mt. arbeiten müssen. Wie sich dann die Betroffenen bei einem derartigen Einkommen noch Kartoffeln im Preise von 30-35 Mt. pro Zentner kaufen sollen, wissen wir nicht, vielleicht ist der Herr Reichsfinanzminister Dr. Brüch so freundlich und gibt uns darüber Auskunft.

Regierung hilft oder das Proletariat ist gezwungen, sich selbst zu helfen!

Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Eisenbahnbetriebsräte erheben scharfen Protest gegen die Überbeuerung der Kartoffeln von Seiten des Reiches. Sie fordern alle Parteien und Gewerkschaften auf, in dieser Frage energisch einzutreten, um die Verabschiedung der Kartoffelverteilung mit allen Mitteln zu erwirken und event. zu diesem Zwecke entsprechende Aktionen einzuleiten.

Deutscher Eisenbahner-Verband.

Auch im Bezirk Halle haben die Eisenbahner zum Kartoffelwucher der Landwirte Stellung genommen. Am 21. 9. haben die Hallenser Eisenbahner des Deutschen Eisenbahner-Verbandes mit den Fachverbänden der Eisenbahner-Gewerkschaften folgenden Bescheid gefaßt:

Unter Protest vom 28. Juli d. J. betreffend vorläufige Festsetzungen der Höchstpreise für Herbstkartoffeln, gleichzeitig ein Appell an das Mitgefühl und den gesunden Sinn der Bauernschaft des Reiches als Erzeuger, diese unerwünschten Preise zur Grenze des Erträglichsten herabzusetzen, ist hinausgeschoben worden. Es ist auch zur Kenntnis der Reichsbauernschaft gelangt. Leider ist er ungehört verblieben. Verächtlich haben sich die Agrarier im Kreise über dieses papierne Protestschreiben hinweggesetzt. Nicht nur, daß sie ihre Kartoffeln weiterhin zu überhöhten Preisen verkauft haben, nein, hohnlachend lehnen sie jetzt sogar jedes direkte Kaufangebot von uns als Verbraucher rundweg ab mit der Begründung, Lieferungsverträge nach auswärtig abgeschlossenen zu haben. Die Beschaffung des zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Nahrungsmittels ist uns dadurch auf jede mögliche Art und Weise zu erschweren. Unter dem Zwange der Not erklären wir hiermit, zur Selbsthilfe zu greifen eventuell unter Anwendung unserer letzten gewerkschaftlichen Mittel. Wir fordern vorerst:

a) vom Kreisverband sofortige Sperrung jeglicher Ausfuhr von Kartoffeln aus dem Kreise;

b) von der Eisenbahndirektion sofortiges Verbot der Bestellung von Wagen zum Versand von Kartoffeln auf Stationen innerhalb des Kreises Liebenwerda.

Wir erklären dazu, daß Kartoffelbestellungen von uns nicht befördert werden, bevor der Bedarf an Kartoffeln für alle Versorgungsberechtigten des Kreises seitens der Erzeuger nicht unbedingt, und zwar zum Höchstpreise von 20 Mt. pro 50 Kilogramm, sichergestellt ist.

Endlich fordern wir von der Regierung dringend eine sofortige Aufhebung aller bestehenden Preisverordnungen, damit auch die Verbraucher der großen Güter im Kreise zu dem Schritt gezwungen werden, den die Kleinbauern ohne weiteres tun wollen, nämlich Abgabe ihrer erzeugten Kartoffeln an die Verbraucher zum von uns geforderten Preise.

Wenn bis zum 25. dieses Monats unsere gerechte Forderung nicht erfüllt wird, wird ab diesem Tage die Verkehrsperre für Kartoffeln durch die unterzeichneten Gewerkschaften verhängt.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten u. Angestellter. Gewerkschaft der Rangierbediensteten. Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter. Allgemeiner Eisenbahner-Verband.

Es ist die höchste Zeit, daß sich alle Arbeiterorganisationen, nicht nur die Eisenbahner, mit diesen Fragen mehr als bisher beschäftigen. Die Kartoffel-, Fleisch-, Brotverorgung, all die übrigen Fragen der Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterklasse müßten zum Gegenstand von Aktionen der Arbeiterorganisationen gemacht werden. Leider haben besonders die politischen Organisationen recht alle Hände voll zu tun, um ihren Bestand zu sichern. Der Streit in der Partei um die Moskauer Bedingungen bedroht den Bestand der Partei, er unterbindet die Aktionskraft des Proletariats. Auf diese Weise haben die Kapitalisten leichtes Spiel bei der Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Ein mißlungener Agitationsausflug.

Für Sonntag, den 28. September, hatten Befürworter der Moskauer Bedingungen unter einer harmlosen Firma einen Ausflug nach einem Ort in der Nähe Leipzigs veranstaltet, an dem Mitglieder der U. S. P., der R. P. D. und der K. A. P. D. beteiligt waren. In dem Orte angelangt, wurde der Zug in den Saal des dortigen Gasthofes geleitet, wo auf einmal der bekannte Dr. Stern auftrat, der einen Vortrag über die Wahl der Delegierten zum Parteitag der U. S. P. halten wollte. Ein Teil der Beteiligten widersprach aber dem Referat des Dr. Stern ganz energig, so daß schließlich der Vortrag unterbleiben mußte. Ist das auch Parteiarbeit, wenn Dr. Stern vor einem solchen Kreis, dem Mitglieder der U. S. P., der R. P. D. und der K. A. P. D. angehören, über die Wahl zum Parteitag redet? Dienen die Parteigenossen dem Wohl der Partei, wenn sie Dr. Stern den Boden für solche Tätigkeit bereiten helfen?

Dr. Stern übt übrigens jetzt seine in der Sonderkonferenz angekündigte Tätigkeit in der Leipziger Organisation aus. Er war in der vergangenen Woche in der Versammlung des Ortsvereins L.-Ost, wo er auch am Dienstag wieder auftreten wird. Heute spricht er in Thessa für die Moskauer Bedingungen.

Ratsbeschlüsse.

Vorschlag für die städtischen Arbeiter und Hilfsangehörigen. Es wurde beschloffen, allen verheirateten oder einen eigenen Haushalt führenden städtischen Arbeitern und Hilfsangehörigen zum Einkauf von Vorräten einen Vorschlag von je 500 Mt. zu gewähren.

Die Errichtung einer städtischen Beamtenchule mit einem Aufwand von 14510 Mt. für das Jahr 1921/22 wurde genehmigt.

Züßlinger und seine Zucht.

Von Konrad Voelke.

15] Zeichnungen von Hans Albert Förster.

Knobbe war unzufrieden. Er ärgerte sich, daß er damals das Züßlingspatent zu billig abgegeben hatte. Die Konkurrenz fing schon an, seine Geschöpfe zu unterbieten, und gerade hatte er Pech gehabt: eine große Brut von ein paar hundert fast erwachsenen Keimlingen war infolge der Unachtsamkeit eines Assistenten verdorben.

Sein Ziel, der reichste Mann Oberdeutschlands zu werden, rückte weiter hinaus. Knobbe besaß den Ehrgeiz aller Werkherren, Großgrundbesitzer zu werden, welches Amt ohne weiteres mit dem größten Einkommen verbunden war. Das war anders als bei den Berwesern der Großgottschalks und der Großunterkassas, von denen der Geistliche durch Kardinäle auf Lebenszeit gewählt wurde, während das Amt des Großgrundbesitzers erblich war.

Knobbe war der zweitreichste Mann im Lande, er hätte aber gern der reichste sein wollen. Oberdeutsch-Krappe blieb ihm immer um eine Kopflänge voraus. Krappe besaß die größten Kraftanlagen; er machte die Preise für die Sticksstoffverbindungen; und er war unverkündet genug, diese Preise anzulegen zu lassen, während wie gesagt die Züßlinge, auf deren Herstellung sich Knobbe geworfen hatte, und die eine Unmenge dieses Sticksstoffes verbrauchten, immer billiger wurden.

Krappe war ein heller Kopf; es kam also darauf an, ihn ein wenig zu verdunkeln. Gleichzeitig mußte auch Züßlinger verdunkelt werden; einen Mitwitzer konnte Knobbe nicht dulden.

Nun behauptete Züßlinger aber, seine Forschungen über die den Züßlingen notwendigen Nahrungsfermente seien noch nicht abgeschlossen. Züßlinger schickte wöchentlich an alle einschlägigen Werke große Flaschen mit einem Saft, der dem Futter zugefetzt werden sollte.

Wenn die übrigen Chemiker nicht gar so stumpfsinnig gewesen wären, hätten sie längst merken können, daß dieser Saft gewöhnliches Zuckersäure war; aber sie verstanden nichts als nach Vorschrift zu arbeiten.

Also mußte Züßlinger dahin gebracht werden, die Zusammenfassung der Flüssigkeit in Rezeptform festzulegen.

Knobbe glaubte es schlaun anzufangen. Er malte Züßlinger ein liebliches Bild von einem sorglosen Ruheakker vor.

„Sie werden wirklich nach und nach baufällig, Züßlinger. Ich dachte nun Ihnen eine ganz besondere, allerdings unverdiente Ehre widerfahren zu lassen. Sie wissen, daß bis Neujahr 10 000 Züßlinge fertig sein sollen. Ich wollte nun bei der Jubelfeier des Zehntausendsten einige anerkennende Worte über Ihre Tätigkeit von mir geben, vorausgesetzt, daß Sie vorher Ihren Abschied nehmen. Sie sehen ja wohl ein, daß ich Sie nicht loben kann, solange Sie im Akte sind. Das würde gegen unsere Grundsätze, die Halbschlafbehandlung betreffend, zu arg verstoßen.“

Machen Sie also Ihre Aufzeichnungen fertig. Sie bekommen von mir ein Häuschen mit Garten, wo Sie mit Ihren beiden Basen hohnakt werden können, wenn Sie nicht vorher zum Teufel fahren. Lust Sie das nicht?“

Züßlinger begleitete diese ungewöhnliche Leutseligkeit Knobbes mit zahllosen Dankbezeugungen. Er versichert laut, seine Arbeiten würden bis zum Jahreschluss fertig sein.

Beide hatten dabei den gleichen Gedanken:

„Du wirst dich wundern!“

„Noch acht Wochen also!“ rief Knobbe im Weggehen, hinterläß eine Grimasse der Befriedigung schneidend.

„Jawohl, Euer Gnaden; noch acht Wochen!“ kispelte

Züßlinger und machte ein verheißungsvolles Gesicht.

Am 20. Dezember bekam Hera die ersten Geburtskinder. Züßlinger war mit seinen Vorkehrungen fertig; er betrachtete grinsend seine Aufzeichnungen und die Flaschen, die den Futterzufuhr für die Züßlinge enthielten, steckte sich das falsche Gebiß in den Mund, dessen Zellstoffschäume mit seinem Entbindungsmitel gefüllt waren, und begab sich dann zu Knobbe.

„Welche ergebenst, Befehle ausgeführt zu haben. Bitte nur noch gehoramt um gültige Erlaubnis zu einer Rundfahrt durch die Zuchtwerke, um letzte Anweisungen zu geben.“

„Sie Stintriegel, können Sie das nicht schriftlich machen?“

„Gewisse Handgriffe, Euer Gnaden.“

„Diese Ungeheuerlichkeit ist jammervoll; aber meinetwegen. Sie bekommen ein Auto und eine Wache, damit Ihnen unterwegs nicht etwa ein Unglück geschehe.“

Züßlinger fuhr ab, verblödete unterwegs die beiden eingeschlafenen Wächter und den Chauffeur, indem er von hinten mit der sehr giftigen Spritze auf ihn einstach, lehrte um, lud Hera und was sonst erforderlich war, in den Wagen und gelangte glücklich in Janusfahs mitten in einem unerwarteten Nittergut gelegenen Schloß, wo er bereits sehr lässig von Heilwig erwartet wurde.

Diese vorzügliche Dame war auch nicht müßig gewesen. Sie hatte zwei nebeneinander gelegene Zimmer ganz gleich einrichten lassen und rief nun nur noch schnell den ältesten

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 29. September, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird unter anderem beraten über die Kündigung des Rates wegen der Arbeitszeit für das Pflanzengeld, die Haus- und Kuchengeldern in den städtischen Kassen- und Pflanzengeldern, über Änderung der Bedingungen über die Abgabe von Gas, Strom und Wasser aus den städtischen Werken, über Eingaben wegen der Vergütung von Lieferungen für die Stadt, der Ausdehnung von Wettbewerben im Baubereich und von Notstandsarbeiten, über Anstellung von zwei Bauhelfern aus Bauarbeiterkreisen, über die Bewilligung von Berechnungsgeld wegen der Errichtung von 6 Kleinwohnungshäusern an der Preußenstraße, über vorläufige Erhöhung der Beiträge der Ruheheimempfänger, soweit sie Arbeiter sind, und ihrer Hinterbliebenen, über eine Eingabe wegen Wiedereinführung der 48-stündigen Arbeitswoche in den städtischen Betrieben, über Entlassungen aus dem 2. (Operetten-)Orchester der städtischen Theater, über Übernahme der Krankenbeförderung und der Sanitätswagen der Rettungsgesellschaft in städtische Verwaltung, über eine Eingabe wegen Neuorganisation der Geschäfte für die Angehörigen der Rettungsgesellschaft.

Elternabend. 53. Volksschule. Mittwoch, den 29. September, abends 7 Uhr, in der Silberpappel, L.-Volksschule, Ritzstraße 17, über „Berufswahl“ (Gewerkschaftler Kroneberg).

Für die weltliche Schule. Gelegentlich eines Elternabends am 21. d. M. im Saale der 50. Volksschule wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen: „Die zahlreich versammelte Elternschaft der 50. Volksschule stimmt den Ausführungen des Herrn Lehrers über das Thema: Was steht die Lehrerschaft an Stelle des konfessionellen Religionsunterrichts? zu und verspricht, alles zu tun, um die Lehrerschaft in dem Kampfe um die weltliche Schule zu unterstützen.“

Ueber die Waffenablieferung in Leipzig. Seit nachstehender Meldung vor: In Leipzig wurden bisher 175.000 M. an Ablieferer von Waffen ausbezahlt. Es wurden bis jetzt abgeliefert: 1500 Militärwaffen, 350 Karabiner, 500 Revolver und Pistolen, 250 Handgranaten und 4000 Stück Munition.

Wie uns mitgeteilt wird, wurden am Freitag, dem 17. September, von der Sicherheitspolizei der Waffenabnahmestelle 1. Vaternenstraße (Thomasmühle) mit Autos 14000 Stück Munition abgeholt. Sie sind tags vorher von einem Menschen angekauft worden. Für das Stück hat er 2 M., zusammen 28000 M. erhalten! Die Kinder waren noch in der vorchristlichen Pädagogik, schon eingetragene, auf jedem Brett waren 200 Stück, gelbte. Also kein Sparatienbedürfnis!

Die Ausstellung der Renten-Quittungsvordrucke. Zur Vermeidung von Irrtümern und Beschleunigung des Zahlungsganges sollen auf Ersuchen der Landesversicherungsanstalt Sachsen die Rentenquittungen in Zukunft so lauten, daß zuerst der Gesamtbeitrag und daneben die Einzelbeiträge an Rente und Zulage eingetragen werden, also ... M., ... Pf. (... M., ... Pf. Rente ... M., Zulage).

Tagung der deutschen Zahnärzte. Am 25. September hat in der Universität die auf drei Tage berechnete 57. Tagung des Zentralverbandes Deutscher Zahnärzte begonnen, die von etwa 500 Zahnärzten aus Deutschland und dem Auslande besucht ist. Hofrat Dr. Sasse wies in der Begrüßungsansprache darauf hin, daß Leipzig die erste Universität war, die 1877 einen Zahnarzt an der chirurgischen Poliklinik anstellte. Auch sei in Leipzig das erste zahnärztliche Universitätsinstitut entstanden. Der Vorsitzende der Tagung, Hofrat Prof. Dr. Walhoff, wies dann darauf hin, daß in Leipzig auch die erste zahnärztliche Zeitschrift verlegt worden sei. Darauf wurden eine größere Anzahl fachwissenschaftlicher Vorträge gehalten.

Geizigkeitsdiebstahl. Aus dem Garbeneraum eines Lokals der inneren Südvorstadt ist am Sonnabendabend ein wertvoller Geizig gestohlen worden. Sie befand sich in einem kunstvoll gearbeiteten Edelholzkasten mit braunem Lederüberzug. Auch zwei Wollhosen waren dabei. Der eine Silbergarnitur, Sammit, Leipzig, der andere Goldgarnitur, Nürnberg gekloppt. Sachdienliche Wahrnehmungen sind an die Kriminalpolizei zu richten.

Knochen- und Kleinfischartenverkauf. Schönberg, Feldstraße, von 8 Uhr an auf alle Nummern Wurstverkauf.

Lebensmittellisten für Dienstag, den 28. September.

Für Haushaltungen. Anmeldung. Kindergerstenmehl: Letzter Tag — abzugeben 9 K der Lebensmittelliste Reihe Q, Hilsenmarken S 1 R, S 2 R, S 3 R der Lebensmittellisten für Kinder bis zu zwei Jahren Reihe Q 2, je 500 Gramm.

Ausgabe. Kofos- und Kunstspeisefett für Erwerbstätige: Ausgabe im Schauamt, Nr. 11001—11800 vormittags 9—1 Uhr.

Für Händler. Schweinefleisch: Bezugstarifenablieferung.

Polizeinachrichten.

Ein gefährlicher Unfug! Eltern, warnt eure Kinder! Die Dampftraktorenwagen mit mehreren Anhängewagen ist in den Straßen der Großstadt eine fast alltägliche Erscheinung. Namentlich bei der Kinderwelt erweckt jene das größte Interesse und man kann häufig beobachten, wie größere und kleinere Kinder neben einem solchen Zuge daherkommen. Leider hat sich dabei in letzter Zeit eine auf das allerschlimmste zu verurteilende Unsitte der Kinder herausgebildet, die darin besteht, daß diese sich während der Fahrt an die Anhängewagen hängen oder sich auf deren Dachsel setzen, um so

halsbündigen Obergesundheitstakt, den sie sich als Beistand auszeichnen haben.

Hera bekam das Kind, Zöllinger spielte die Hebamme, der Obergesundheitstakt gab gute Lehren und lief dann eilig zu Januschoff, um Glück zu wünschen.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Arbeiterbildungsinstitut. Im Allen Theater wurde Minna von Barnhelm gespielt. Ich sah die ersten Akte und gewann vom Können und Willen der beteiligten Darsteller in diesen Rollen den besten Eindruck. Wie lebendig ist Leistung noch heute! Wie lebendig ist er dem Proletariat erst heute geworden; vorausgesetzt, daß wir die richtige historische Einstellung mitbringen. Wenn die Bürger gerne am Edelmüt der Personen in diesem erhabenen Lustspiel herummäkeln, so eben deshalb, weil ihnen als Klasse und darum auch meist als Individuen die Selbstlosigkeit, die Ungeizigkeit, die Aufopferung ganz unbegreiflich, ja ganz lächerliche Dinge geworden sind, die man insofern auch andern nicht zutraut, nicht einmal den wackeren Vorkämpfern der eigenen Klasse. Obwohl der Dialog keineswegs bis ins Letzte gefüllt war, geriet die Darstellung zu tiefer Wirkung. Körners Teilhabe würde, ohne die manchmal stolpe Sprache, sogar glänzend sein. Sonst war alles, frei von Mäcken und dem Stille gemäß, hochinteressant; die Minna der Otto-Morgenstern als überlegenes Weib wie als unterlegenes Mädchen, die Spinnweb, aber mit natürlicher Selbstlosigkeit besetzte Franziska der Marianne Kupfer, Eifersucht, Huth als Wirt, Engst als Werner, Frau Schippang als Dame. Während der erste heitere Effekt, an der Stelle, wo Just davon spricht, man lasse eben — aufschreiben; hier lasche verständnisloses Nachhaken nach und frei von Vitterkeit laut auf. — Ich hörte dann noch im Kaufhaus einen Teil von Anfores Programm, der ja seit Lamons Helmreich nach England der weitestläufige Verwalter dieses Reiches ist. Bezwingende Reife verbindet sich bei ihm mit zwingender Persönlichkeit, deren Auffassung man immer beunruhigt wird.

ein Stück mitzuführen. Es ist kein Wunder, daß Kinder bei diesem gefährlichen Treiben herunterstürzen und überfahren werden. Ueber mehrere dergleichen Unfälle ist erst vor kurzer Zeit berichtet worden. Da das Beiseitverlangen darauf nicht immer die genügende Obacht geben kann und sein Augenmerk in erster Linie auf den Straßenverkehr richten muß, wollen Eltern und Erzieher ihre Pflichten auf die großen Gefahren des Aufzugs aufmerksam machen und sie nachdrücklich davor warnen.

Ein Betrag um Kaufwaren im Werte von 12300 Mark. Ein Markthelfer aus L.-Gellerhausen war beauftragt, am 17. d. M., nach 4 Uhr, einen etwa 2½ Meter hohen Mutterkoffer, H. F. & Co. gezeichnet, mit Kaufwaren, und zwar amerikanischen und australischen Opium, Naturkreuzstubs, gefärbten Weizenstoffs und Schuppen, im Gesamtwerth von 12300 Mark, als Passagier nach Berlin aufzugeben. Der wertvolle Inhalt des Koffers war ihm bekannt. Durch einen fein ausgedachten Plan, der aus nahe liegenden Gründen hier nicht näher dargelegt werden kann, hat sich der ungetreue Markthelfer, zweifellos mit Hilfe eines Komplizen, in den Besitz des Koffers zu legen gewagt, um dessen Inhalt zu seinem eigenen Vorteil zu verwerthen. Die Felle sind teils „A. K.“ teils „B. K.“ getempelt. Es wird vor dem Anlauf gewarnt. Die Kriminalabteilung ersucht alle diejenigen, die in dieser Angelegenheit etwa Angaben machen können, um baldigste Mitteilung ihrer Anschriften.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Renegat.

Daß Leuten, die immer mit ihrer „radikalen“ Gesinnung haufen gehen, nicht scharf genug auf die Fährte gesehen werden kann, ist eine alte Erfahrungssache. Sehr viele der „radikalen“ Leute entpuppen sich bei näherem Zusehen als vorzügliche Verfechter ihrer eigenen egoistischen Interessen.

In Blauen i. B. hat sich dies an einem Falle wieder einmal trefflich bewahrheitet. Von dort wird berichtet, daß Stadtrat Hahn, Vorsitzender des Gewerkschaftsrates und Bevollmächtigter der Filiale Blauen des deutschen Textilarbeiterverbandes von seinem Posten zurückgetreten ist und die Stelle eines technischen Leiters in einer Gardinenfabrik in Lengeneßel übernommen hat. Hahn war politisch außerordentlich radikal und einer der Führer der „Linken“ im Streik um die Mostauer Bedingungen.

Hierzu schreibt unser Blauensches Bruderblatt: „Wir haben bisher mit der Veröffentlichung dieser Mitteilung gewartet, weil wir annahmen, daß die Disziplinierung des Textilarbeiterverbandes der Öffentlichkeit nähere Angaben über diese Angelegenheit machen würde. Wir wissen nicht, was Hahn zu diesem Schritt veranlaßt hat. Die Partei- und Gewerkschaftsgenossen können aber nicht glauben, daß der Fabrikant Hartenstein den Arbeitervertreter Hahn, der über ein Jahrzehnt nicht mehr praktisch in der Textilindustrie tätig ist, um seiner schönen Augen willen plötzlich mit der technischen Leitung eines seiner Betriebe beauftragt hat. Die Parteileitung wird sich damit befassen müssen, um Klarheit über Hahns Verhalten zu schaffen. Dabei wollen wir aber schon heute bemerken, daß Hahn eine Bedeutung in der Partei nicht mehr hatte. Er besuchte nur selten unsere Versammlung und spielte sich da allerdings in letzter Zeit sehr radikal auf. Schon im Mai äußerte er, daß er zu den Kommunisten gehen wolle. Trotzdem er suchten einige „radikale“ Parteigenossen, Hahn an ausführender Stelle als Kandidaten für die Landtagswahlen aufzustellen. Die Absicht ist betätigtlich mißlungen.“

Einwohnerwehr und Waffenabgabe.

Ein den Dresdner Stadtverordneten von unabhängiger Seite zugegangener Dringlichkeitsantrag ersuchte den Rat um Auskunft darüber, ob ihm das geheime Rundschreiben eines Unterbezirks der Dresdner Einwohnerwehr bekannt ist, wonach die Mitglieder der Wehr aufgefordert werden, die Waffen erst dann abzugeben, wenn die Regierung nachweist, daß auch alle übrigen Waffenbesitzer ihre Waffen restlos abgeliefert haben, was der Rat zu tun gedenkt, um die Einwohnerwehr zu veranlassen, unter allen Umständen die Waffen abzugeben, ob der Rat Unterlagen besitzt, die eine Kontrolle der Waffenabgabe ermöglichen, und ob er Maßnahmen getroffen hat, daß die Wehr restlos am 1. Oktober aufgelöst wird. Weiter wurde die Einsetzung einer Kommission aus dem Kollegium zur Kontrolle der Waffenabgabe beantragt.

Der Oberbürgermeister versicherte, daß Rat und Leitung der Einwohnerwehr alle Maßnahmen getroffen hätten, die Auflösung der Wehr zum 30. September durchzuführen. Die Wehr werde am 1. Oktober zu bestehen aufgehört haben. Der Rat verfüge über Mitgliederlisten und Verzeichnisse der ausgehändigten Ausrüstungsgegenstände. Das Zusammenreffen der Auflösung der Wehr mit der allgemeinen Waffenablieferung und die Gewährung von Abfertigungsbeträgen bei dieser habe allerdings zu Mißverständnissen geführt. Bisher seien 50 Prozent der ausgegebenen Waffen wieder abgeliefert. Von der Bewegung in der Einwohnerwehr, die Waffen nicht abzuliefern, sei die Innenleitung einer Gegenrevolution nicht zu befürchten, sie sei vielmehr aus der Beforgnis heraus entstanden, daß die Waffenabgabe von rechts und links nicht gleichmäßig erfolge und daß die ordnungsgemäßen Elemente absichtlich die Waffen zurückbehalten. Er mißbillige das Vorgehen jenes Teils der Einwohnerwehr, weil es gegen die Gesetze verstoße und zu gegenseitigem Mißtrauen führen müsse. Da die betreffenden Herren vom Unterbezirk auf den Hinweis der Straßarbeit ihres Tuns nicht reagiert hätten, sei die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Der Verzicht der Einwohnerwehr habe nochmals eine zweimalige Aufforderung zur Waffenablieferung erlassen. Ueber die Leitung der Einwohnerwehr noch der Rat seien gewillt, den erlassenen Anordnungen zu-

Neues Theater. (Madame Butterfly.) Bis in die jüngste Zeit hinein war Japan so ziemlich das Land, in dem die Frau die größten Rechte innehatte. Nicht etwa von alters her, sondern aus Grund der rapiden Entwicklung aus dem Feudalismus heraus, die Japan in wenigen Jahrzehnten dank dem Kapitalismus durchgemacht hatte. Aber eine solche Entwicklung zeigt, wie der Fortschritt des Kapitalismus nur ein relativer ist, und gerade die Stellung der Frau als Geschlechtswesen bleibt dabei im wesentlichen die alte, wie in jeder auf das Privatigentum gegründeten Gesellschaftsordnung. Der Vorwurf gegen den Sozialismus, b. i. Kommunismus, daß er die Ehe beseitigen wolle, ist ja ganz zutreffend, insofern nämlich die kapitalistische Form der Ehe gemeint ist, und sofern man dabei nicht vergißt, daß diese eben durch den Kapitalismus moralisch und materiell längst zerstört worden ist. Zur kapitalistischen Form der Ehe nun gehört als einer der häufigsten Typen jener, in dem die Frau nur Spielzeug, nur Luxusgegenstand ist, geknüpft wie ein Luxusmöbel, aber dann auch wieder gering geschätzt, als überflüssig empfunden wie ein solches. Die erwähnte Angleichung der japanischen an die europäischen Verhältnisse beweist schon, daß im Problem der Madame Butterfly nichts spezifisch Japanisches enthalten ist, sondern daß es sich um sogenannte allgemein menschliche Dinge handelt, nämlich um das, was in allen auf ungefähr gleicher ökonomischer Stufe stehenden Ländern gang und gäbe ist. Dadurch wird ja auch erst das mißverständliche Verständnis des europäischen Publikums ermöglicht. Nur haben sich Boccini und seine Textdichter ernsthaft um die Kenntnis japanischer Zustände bemüht und für ihre Fabel insbesondere den Umstand ausgenutzt, daß die Eheheftung sich im modernen Japan erheblich einfacher gestaltet als im Abendlande. Wird die Ehefrau verlassen, achte man's der Scheidung gleich. Der amerikanische Marineoffizier heiratet die Japanerin, verläßt sie und heiratet eine Amerikanerin. In europäischen Mitten wäre an die Stelle der ersten Ehe, die sich nicht automatisch gelöst hätte, eine „wilde“ Ehe getreten, bei der die Rolle der Verlassenen ganz dieselbe bleiben konnte wie jetzt bei der japanischen Frau. Kurz und gut, das japanische Mitleid ist nur ein Vorwand zu textlichem und multifaktischem Raffinement. Zwar textlich ist es eigentlich das Gegenteil von Raffinement, denn der zwei Akte lang rühmlich breitgetretene Seelenzustand der Verlassenen und mit ihrem Kinde auf des Mannes Wiederkehr harrenden Butterfly ist voll-

widerhandeln zu lassen. Mit der Einsetzung einer Ueberwachungskommission erklärte sich der Oberbürgermeister einverstanden. Für die Regierung ergäbe sich aber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch diejenigen Kreise, die Antipoden der Einwohnerwehren seien, ihre Waffen abliefern, denn die Waffenabgabe müsse in gleicher Weise durchgeführt werden.

Wenn die Staatsanwaltschaft hier ihre Pflicht in der Weise erfüllt, wie beim Spitzeloffizier von Berger, dann brauchen die konterrevolutionären Einwohnerwehler keine Angst zu haben.

Geringfügige Strafsachen sind niederzulagen.

Der sächsische Justizminister Dr. Harnisch hat an den Generalstaatsanwalt einen Erlaß gerichtet, worin er darauf hinweist, daß bei Strafsachen von geringer Bedeutung, deren Durchführung die Arbeitslast der Beamten unnötig beansprucht und die weiter unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen würden, erwogen werden soll, sie von vornherein niederzulagen, um dadurch dem Staate unnütze Kosten zu ersparen.

Darüber, was unter geringfügigen Strafsachen zu verstehen ist, entscheiden die Staatsanwälte. Da diese noch aus der alten vorrevolutionären Zeit stammen, werden sie stets solche Strafsachen nicht als geringfügig ansehen, die gegen die sozialistische Arbeiterschaft anhängig gemacht sind. Bei allem guten Willen des Justizministers wird man deshalb von diesem Erlaß nicht allzu viel erhoffen dürfen.

Kartoffelschiebungen.

Infolge der überhandnehmenden Ausfuhr von Kartoffeln ist die Zollwache bei Wardenburg-Großschönau durch die Zittauer Sicherheitspolizei verstärkt worden. In der letzten Zeit sind derartige Mengen von Kartoffeln über die Grenze gebracht worden, daß eine Benachteiligung der sächsischen Bevölkerung zu befürchten ist.

Aus der Umgebung Leipzigs.

a. Zweinaundorf. Aus dem Gemeinderat. Unter anderem wird von verschiedenen Mitteilungen Kenntnis genommen von der Gründung eines Siedlungsvereins und daß der Schleusenvertrag mit der Stadt Leipzig nach Erfüllung der hierfür gestellten Bedingungen angenommen werden kann. — Mit der Einführung der Schulspesen erklärt sich das Kollegium einverstanden und beschloß, den Fehlbetrag aus Gemeindemitteln zu decken. — Die Abtrennung des Hufstükes 150 wird unter der Bedingung befürwortet, daß der gegenwärtig laufende Teilbebauungsplan beachtet wird. — Einem Schreiben der Kreisbehörde wegen Bildung einer freiwilligen, organisierten Feuerwehr soll vorläufig nicht näher getreten werden. — Auf eine Eingabe des Siedlungsvereins Zweinaundorf wird beschloffen, die projektierten Straßen fortlaufend mit Buchstaben zu benennen und in der Landhauskolonie die Gärten zu nummerieren. Die Kosten hierfür sollen anteilig die Anlieger tragen. — Eine Revision sämtlicher Dreizehnnummern soll vorgenommen werden. — Von einer nochmaligen Abgabe eines Generalverzeichnisses an die Krankenverwaltung wegen Uebernahme von Krankenhauskosten bezüglich solcher Einwohner, die keiner Krankenkasse angehören, wird Abstand genommen. — Gegen den hohen Kartoffelpreis und die Vermittlungsgebühr von 1.75 M. pro Zentner wird Protest erhoben. — Mit Rücksicht auf den schlechten Stand der Kohlenversorgung wird beschloffen, nach gehaltener Nachfrage bei der Einwohnerkraft Torfsteine anfahren zu lassen. — Einspruch gegen den geplanten Braunkohleabbau wird nicht erhoben, da höchstens 40—50 Quadratmeter Land von der hiesigen Gemeindefürsorge vornehmert sind.

Brandis. Am Sonnabend, dem 18. September, fand im Parkhofischen Brandis eine auf beschickte Mitgliederversammlung des Ortsvereins Brandis und Umgebung statt. Genosse Neumann erstattete Bericht über die Kreisgeneralversammlung, Genosse Rudolph über die Landeskonferenz. Nach einer eingehenden Aussprache wurde der Antrag der Landeskonferenz, dem Parteitag in Halle zu empfehlen, die Bedingungen der 3. Internationalen abzulehnen, einstimmig angenommen. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Kartoffelversorgung; es wurde festgestellt, daß für den Zentner Kartoffeln die Bauern 35—40 M. verlangen und daß, wenn die Behörden nicht eingreifen, zur Selbsthilfe geschritten werden muß. Soweit die Eltern die Erklärung, daß ihre Kinder nicht mehr am konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen, in der Schule noch nicht abgegeben haben, soll dies umgehend geschehen.

d. Liebertswitz. Aus der Schulvorstandsitzung. Der Vorstand gab bekannt, daß die Kriegsanleiheleiste demnach bei der Spartasse an die Kinder zurückgezahlt werden. Die Herbstferien werden vom 3. bis 10. Oktober festgesetzt. Laut Ministerialverordnung sollen die Kinder während der Kartoffelernte noch über die Ferien hinaus vom Unterricht befreit werden. Dem wurde nicht zugestimmt. Einem Beitrage von 50 M. an die Polytechnische Gesellschaft wurde zugestimmt. Der Vorstand teilte mit, daß das Ministerium entschieden hat, § 9 der Gewächtsordnung muß folgende Fassung haben: Bei Stimmengleichheit hat der Vorsitzende die entscheidende Stimme. Mit 3 Stimmen bei 8 Stimmeneinstimmungen wurde die Fassung angenommen. Ferner wurde beschloffen, die Schulvorstandsitzungen in der Leipziger Volksschule bekanntzugeben. Ein Besuch des Kraftsportvereins Wilsa um Ueberlassung der Schulturnhalle wurde abgelehnt. Der Vorstand versicherte, daß die Kohlenversorgung für den Winter gesichert sei.

beter Kinotisch, ganz zu schweigen von der alberten Figur dieses Mannes, der nach drei Jahren auf die unwahrscheinlichste Weise mit der neuen Gattin wiederkehren muß, bloß um eben jenen beiden Akten einen wirksamen Hintergrund zu geben und redigiert wieder auszureichen. Der Musiker Boccini hat freilich zwei große Vorzüge: er beherrscht nicht nur die Technik des modernen Orchesters ganz souverän — das tun andre auch —, sondern er hat auch brillante Einfälle. Hier ist nun der Punkt, wo jeder nach eigenem, verstandesmäßig schwerlich zu begründendem Geschmack diese brillanten Einfälle als echte Musikdramatik oder als eine letzten Endes doch eben mehr raffinierte als naive musikalische Virtuosenleistung zu beurteilen hat. Wie gesagt, das ist ganz subjektiv, und ich meinerseits geneige dergleichen nur mit einem weinenden und einem lachenden Auge, wobei auf Kosten des Komponisten diesmal die Fehlerzeit geht, weil nämlich die Unwahrscheinlichkeit und die Mache der äußeren und der heiklichen Vorgänge auch auf die musikalische Illustration abzufärben scheint.

Schäffers Inszenierung war sehr sorgfältig und geschmackvoll. Einige Unfälle bei Dekoration und Beleuchtung störten. Frau Hansen-Schultheß, musikalisch glänzend, brachte auch die scheinbaren Akte der Butterfly im Spiel und Gesang überaus schön auf heraus. Wilmanns Interion erstreckt — selbstverständlich — durch prachtvollen Gesang, aber auch durch gewandtes Spiel. Bosson gab den Konfus; er wirkt in solchen Rollen merkwürdig subaltern, statt westmännlich. Kleinere Partien waren zureichend vertreten. Wenn man die Sentimentalität schon ausschalten will, sollte man aber auch wirklich ein kleines Kind aufstellen; dieses hatte zu lange Beine; so schnell wachsen die Babys nur bei Zöllinger. Sander arbeitete liebesvoll; für Musiker und Sänger ist ja Boccini immer ein Held.

Wagemeines Arbeiterbildungsinstitut. Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, im Kaufhaus K. in der R. A. M. i. t. a. g., bestehend in Konzert, Gesang und Aufführung ethnographischer Tänze unter Mitwirkung von Frau Schmidt-Bleher (Gesang), Fräulein Amy Elise (Klavier), Herrn Konzertmeister Hugo Hamann (Violine) und Fräulein Schellinger (ethnographische Tänze).

W. Wiederich. Eine außerordentliche Gemeinderatsitzung kam heute um 8 Uhr im Rathaus (12. Sitzung) in der Albert-Deibel-Straße einmündig zu. Die Erbs. Müller und Zimmerarbeiten wurden Herrn W. Müllermeister Ratat, Wiederich, übertragen. Der Bau soll sofort in Angriff genommen werden. Die Wohnungen sollen bestehen aus 2 Stuben, Kammer, Wohnküche, Zentralklosett, elektrischer Beleuchtung, Gas, Bad für jede Wohnung und Garten. Die Kosten belaufen sich auf ca. 1 Million Mark. — Laut einer Verfügung des Landesfinanzamtes werden in den Ausschuss für das Finanzamt die Herren Volter, Koch, Kiehn, Bendt und als Vertreter Geisler, Wöhrmann, Kone, Wetta gewählt. — Eine Bescheidenschrift Sch... gegen die Gemeinde bezügl. der dem Ertrittenen angewiesenen Wohnung muß abgelehnt werden, da das Mietverhältnis nicht als abgeschlossen gilt. — Der Gemeinderat stimmt noch einigen baulichen Veränderungen in Gemeindegrenzen zu. — Laut einer Verfügung zur Bekämpfung der Obstschädlinge wird unter Genosse A. Dietrich in den betreffenden Kurien beordert.

Großdeuben. Aus der Gemeinderatsitzung. In je einem Nachtrage beschließt man 1. zur Grunderwerbsteuer einen Zuschlag von 2 Prozent zu erheben, 2. daß infolge erhöhter Aufschüsse werden dürfen. Ueber die Besteuerung des Mindesteinkommens soll in einer späteren Sitzung Bescheid gefaßt werden. Der gesamte Erlös aus der Vermögensverpachtung, etwa 2000 Mk., soll zur Aufbesserung weiterer Obstände verwendet werden. Um den finanziellen Verpflichtungen der Gemeinde nachkommen zu können, soll ein Darlehen von 35000 Mk. aufgenommen werden, dessen Verzinsung vom Staat getragen wird. Der Heilstätte Geisler wird ein Beitrag von 10 Mk. bewilligt. Aus Gesundheitsgründen bittet Herr Geisler, vom Amte eines Gemeindevorstandes entbunden zu werden. An seine Stelle tritt Herr Baumeister Bräuer. Zustimmung finden die neuen Beschlüsse der Erwerbslosen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Schlichtungsausschuss.

Leipziger Schlichtungsausschuss und Unternehmerinteressen scheinen auch heute noch genau so zusammen zu gehören wie früher. Von Betriebsratsmitgliedern der Firma C. H. Jäger u. Co. in Plagwitz wird uns mitgeteilt, daß sie den Schlichtungsausschuss anrufen haben, um in Lohnfragen zwischen ihnen und ihrer Firma eine Entscheidung zu fällen. Anfang September verlangte die Belegschaft eine Erhöhung ihrer Stundenlöhne. Die Verhandlungen mit der Direktion verliefen vollständig ergebnislos. Zwar bestritt die Firma nicht, daß sie noch längere Zeit mit Aufträgen versehen ist und der Betrieb rentabel arbeite; sie könnte aber keine Zulage geben, da sie an die Beschlüsse der Unternehmerorganisation gebunden sei. Es wäre aber die Möglichkeit gegeben, die Löhne zu erhöhen, um mehr verdienen zu können. Freilich müßten die „faulen Arbeiter“ auch damit rechnen, daß sie weniger verdienen als jetzt. Daraufhin legten die Arbeiter geschlossen die Arbeit nieder und wandten sich an den Schlichtungsausschuss der Reichshauptmannschaft Leipzig.

In einem Schiedsspruch vom 28. Juli 1920 lehnte der Schlichtungsausschuss eine allgemeine Lohnerhöhung für die gesamte Metallindustrie ab, erkannte aber in diesem selben Schiedsspruch die Verpflichtung des einzelnen Unternehmers an, die Forderung seiner Arbeiter zu mindern. Entgegen diesem Schiedsspruch fällte der Schlichtungsausschuss am 20. September 1920 in der Streitsache Betriebsrat gegen Firma Jäger u. Co. folgenden Schiedsspruch:

Den Parteien wird folgender Schiedsspruch verlesen:

1. Der Schlichtungsausschuss lehnt es ab, durch Schiedsspruch die Löhne bei der Firma C. H. Jäger u. Co. in Leipzig-Plagwitz zu erhöhen.
2. Wenn die Arbeiter eine Erhöhung ihrer Bezüge wünschen, so wird es ihrer Vertretung anheimgegeben, mit der Geschäftsführung unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine Einigung zu erzielen. Ein solches Einverständnis ist in Unterhandlungen zu treffen.

Die Parteien haben dem Schlichtungsausschuss bis zum 27. September 1920 schriftlich zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen.
Inzwischen weiterer 2 Wochen kann für den Fall, daß eine Partei den Schiedsspruch nicht anerkennt, dessen Verbindlichkeitserklärung beantragt werden.

Weil der Unternehmer Arbeitskraft einführen will und die Unternehmerorganisation die Gewährung von Zulagen verbietet, ist mit Konventionen befaßt, lehnt der Schlichtungsausschuss ein Eingreifen ab und vertritt dieselbe Auffassung wie der Unternehmer und seine Organisation. Derselben Arbeiter wie bei Jäger u. Co. erhielten in Schiedsspruch einen Mindestlohn von 5,30 Mark durch einen Schiedsspruch von Weissenfels ausgesprochen. In Leipzig, einer der teuersten Städte, müssen die Arbeiter billiger arbeiten als auf dem Dorfe bei billiger Lebenshaltung. Sie erhalten nur einen Mindestlohn von 5,15 Mk. So will es die Leipziger Unternehmerorganisation und mit ihr auch der Schlichtungsausschuss.

Die Aufgabe des Schlichtungsausschusses soll es sein, in allen Differenzfällen, wo eine Einigung nicht zustande kommt, eine Entscheidung zu fällen und vor allen Dingen zum Schluß der

wirtschaftlich Schwächeren einzugreifen. Ein Teil der Vorstehenden scheint diese Bestimmung des Ausschusses noch nicht zu kennen. Teilt eine Aenderung in der Geschäftsführung im Ausnahmefall ein, dann ist es schade um das Geld, das für diese Einrichtung ausgegeben wird. Die Regierung täte besser, diese Arbeit dann lieber der Unternehmerorganisation mit zu übertragen. Den Arbeitern würde auf diese Weise wenigstens nicht mehr zum Bewußtsein kommen, daß es einmal so etwas wie eine „Revolution“ in Deutschland gegeben hätte, die angeblich den Anstoß zum Ausbau der Sozialgesetzgebung gewesen ist.

Abänderung ist hier dringend notwendig.

Der Streik der Leipziger Sutarbeiter und Arbeiterinnen ist beendet. Der Leipziger Sutarbeiterverband (Zahlstelle Leipzig). Die französischen Lehrer wurden sich nicht. Die Pariser Sutarbeiterverband, haben die Syndikate der Lehrer beschlossen, der Anforderung der Regierung, ihre Syndikate bis zum 30. September aufzulösen, nicht nachzukommen.

Generalversammlung der Töpfer.

k. In der Zeit vom 18. bis mit 22. September tagte in Meissen eine außerordentliche Generalversammlung des Töpferverbandes. Daran nahmen teil 30 Delegierte, 4 Mitglieder des Hauptvorstandes, 8 Gauleiter und als Gäste Grafmann vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund, Heintze in seiner Eigenschaft als Sekretär für den Bauarbeiterverband und Baepfow vom Bauarbeiterverband. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgestellt: 1. Beitragserhöhung, Statutenberatung und Bericht des Vorstandes, 2. Die Gründung des Bauarbeiterverbandes, 3. Die Tarifpolitik, 4. sonstige Anträge. Der Kassierer Kötter entrollte in seinem Referat zum 1. Punkt der Tagesordnung ein Bild von den mickrigen Kassenverhältnissen des Verbandes. In den ersten 8 Monaten dieses Jahres betrug die Einnahme 470 841,22 Mk., der eine Ausgabe von 562 737,08 Mk. gegenüberstand. Nur die Erhebung eines 12wöchigen Extrabeitrages rettete den Verband vor größeren Schwierigkeiten. Die Beitragshöhe muß mit den Unterhaltungskosten in Einklang gebracht werden. Der 2. Verbandsvorsitzende Barisch sprach über das Unterhaltungsproblem. In eine Beteiligung der Unterhaltungsleistungen, wie sie von Instandhalter Seite verlangt wird, ist nicht zu denken; dagegen würden sich auch die Mitglieder wehren. Der Verbandsvorsitzende Drunzel erstattete den Vorstandsbereich. Er befragte insbesondere die seit dem Vorjahr geführten Lohnkämpfe. Knebel wendete sich dabei scharf gegen einen in der roten Fahne veröffentlichten Angriff gegen den Zentralvorstand durch das Vorstandsmitglied, Kommunist Lemmhofer-Berlin.

Ueber den Bauarbeiterverband sprach Heintze. Wie notwendig ein besserer Bauarbeiterverband sei, zeigten die vielen Entlassungen der Bauarbeiter. Es gelte überall Baukontrollen aus den Kreisen der Arbeiter anzustellen.

In der Diskussion wollten die Berliner Kommunisten alle Unterhaltungsleistungen außer der Streikunterstützung abgelehnt wissen. Die jegliche Verbandspolitik müsse beseitigt werden. Baepfow bemerkte zu einer Kritik der hohen Verwaltungskosten, daß diese bei kleinen Organisationen ganz naturgemäß verhältnismäßig höher sein müßten als bei den großen. Grafmann verteidigte die Stellungnahme der Gewerkschaften zu den Arbeitsgemeinschaften. Wir werden die Arbeitsgemeinschaft in dem Augenblick aufgeben, wo wir sie nicht mehr brauchen.

Zur Vorbereitung der Statutenänderung wurde eine Kommission eingesetzt.

Ueber die Gründung eines Bauarbeiterverbandes sprach der Verbandsvorsitzende Drunzel. Der Wunsch der Töpfer, einen Verband der keramischen Arbeiter zu bilden, habe sich leider nicht erfüllen lassen. Nun biete der Statutenentwurf für den Bauarbeiterverband die Möglichkeit, daß der Töpferverband ohne Zerlegung in eine größere Organisation aufsteigt. Der Bund habe sich zur Aufgabe gestellt, die Erzeugung der Baukosten zu sozialisieren, wie auch Wohnungen herzustellen. In der Debatte sprachen sich neben Baepfow vom Bauarbeiterverband mit einer Ausnahme sämtliche Knebel für die Gründung des Bauarbeiterverbandes aus. Ein diesbezüglicher Antrag wird gegen 2 Stimmen angenommen. Der Bund soll am 1. Januar 1922 ins Leben treten.

Zum Punkt Lohnpolitik berichtet Drunzel, daß die auf der letzten Generalversammlung beschlossene Abstimmung über die Frage Lohn- oder Arbeitsvertrag das Ergebnis hatte, daß sich 5996 für Lohn- und 2277 Mitglieder für Arbeitsvertrag aussprachen. Wenn diesem Abstimmungsergebnis nicht Rechnung getragen werden konnte, so lag das an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Unternehmer sind Gegner der Lohnarbeit, wie auch der Ferien und der Einführung des Reichsarbeitsgesetzes. In der Debatte behauptete man sich vornehmlich mit der Lohnarbeit und sonstigen Berufsfragen.

Die Verhandlungen des letzten Tages waren der Beratung der vorliegenden, zahlreichen Anträge gewidmet. Es wurde ein Antrag angenommen, der besseren Bauarbeiterverband

forderte, ein weiterer, der 1000 Mark Beitrag zum Aufbau des Leipziger Volkshauses verlangte. Annahme fand auch ein Antrag Berlin, der in den Tarifen festgelegt wissen will, daß die Lohnkommissionen als Betriebsräte als im Sinne des Gesetzes anerkannt werden. Durch die Annahme des Antrages Braunschweig ist bei allen Tarifabschlüssen die Einführung der Lohnarbeit ohne Klassenunterschied mit allen zu Gebote stehenden Mitteln anzustreben. Ueber die Beschlüsse der Statutenberatungskommission berichtete Heintze. Die Kommission habe sich bei ihren Arbeiten von dem Bestreben leiten lassen, den Klassencharakter der Gewerkschaft zu wahren und deshalb nur die Streikunterstützung und die Beistandsgeldleistungen erhöht. Die übrigen Unterhaltungen bleiben wie bisher. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Beiträge je nach der Höhe der Stundenlöhne in 6 Klassen zu erheben, beginnend mit 1,50 Mk. bei einem Stundenlohn von 2,50 Mk., steigend bis 6,50 Mk. bei einem Stundenlohn von über 6,50 Mk., Vorklunge bezahlen 1 Mk. pro Woche, Eintrittsgeld wird 2 Mk. erhoben. Bei Kurzarbeitern wird die Beitragshöhe nach der Arbeitszeit der Woche berechnet. 1/4 der Beiträge bleiben am Orte. Die erhöhten Beiträge werden ab 1. November 1920 erhoben. Die höhere Unterstützung tritt erst nach 13 Wochen gezahlten höheren Beiträgen in Kraft.

Die Streikunterstützung wird nach der Höhe der Beiträge und der Dauer der Mitgliedschaft gestaffelt. Die Sätze beginnen mit 8,70 Mk. in der niedrigsten und steigen bis 20 Mk. pro Tag in der höchsten Klasse. Vorklunge erhalten die Hälfte der niedrigsten Klasse. Für Kinder unter 14 Jahren wird eine Mark pro Tag gezahlt. Bei Kurzarbeitern ist der Durchschnittsbetrag, der in den letzten 26 Wochen geleisteten Beiträge für die Unterstützungshöhe maßgebend. Die Beistandsgeldleistung wird um 50 Proz. erhöht. Erwerbslosen- und Krankenunterstützungen werden in gleicher Höhe gezahlt und bei der Umzugsunterstützung eine 6. Klasse mit 80 Mk. aufgesetzt. Sobald Staat oder Gemeinde die Erwerbslosenunterstützung annehmen, wird der Vorstand ermächtigt, diesen Unterstufungszweig außer Kraft zu setzen.

Die Geschäftsführer der Vorstandsmitglieder und Gauleiter werden festgelegt nach den im Gau erreichten höchsten Stundenlöhnen, wozu ein Zuschlag von 25 Proz. kommt; für Bureauhilfen wird ein Zuschlag von 10 Proz. gewährt.

Damit hatte die Generalversammlung ihre Arbeiten beendet. In seinem Schlusswort wies der Vorsitzende Drunzel einen Rückblick auf die gepflogenen Verhandlungen. Die geschlossenen Beschlüsse werden dem Verband wieder neues Leben bringen. Seit der Töpferverband auch klein, so habe er doch stets seine Schuldbiligkeit getan.

Gerichtssaal.

Freisprechung streikender Arbeiter und des Reichsgerichts.

Das Landgericht Schweidnitz hat am 10. Februar eine Anzahl Arbeiter und Angestellte einer Textilfabrik in Reichensbach (Weber Friedrich Ulrich und Genossen) von der Anklage der Nötigung freigesprochen. In der fraglichen Fabrik gehörte ein Teil der Arbeiter dem Deutschen Textilarbeiterverband an, während die Mehrzahl sich der katholischen Organisation „Fachabteilung Textilindustrie Niederschlesien“ angeschlossen hatte. Die Verbandsmitglieder stellten am 21. Mai 1919 die Arbeit ein, während die übrigen Arbeiter weiterarbeiten wollten. Die Verbandsmitglieder suchten nun die anderen Arbeiter durch Herunterreißen der Treibriemen von den Webstühlen zur Arbeitseinstellung zu zwingen. Das Landgericht hat die hierbei tätig gewesen Angestellten der Nötigung nicht für schuldig erklärt, da sie ihre Arbeitsgenossen nicht durch Gewalt zu einer Handlung oder Unterlassung genötigt, vielmehr die Gewalt nur gegen Sachen, die Treibriemen und Webstühle, geübt hätten. Ebenso wurde der Angeklagte Reichstein von der gleichen Anklage freigesprochen, der eine Arbeiterin durch Festhalten am Arme am Beitreten der Fabrik zu hindern versucht hatte. Durch das Dazwischentreten des Direktors war der Angeklagte an der Ausführung seines Vorhabens verhindert worden. In diesem Falle hat das Landgericht in dem Urteile am Arme eine Gewaltanwendung nicht erblickt, sondern höchstens einen körperlichen Zwang darin gesehen, der sich nur als vorbereitende Handlung charakterisiere und nicht strafbar erscheine. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob das Reichsgericht das Urteil gegen die Angeklagten Ulrich, Böhl, Frau Schüller und den Weber Reichstein auf und verwies die Sache in diesem Umfange an das Landgericht zurück. Verurteilt worden ist vom Landgericht, daß auch eine mittelbare Gewaltanwendung gegen Personen die Anwendung des § 240 rechtfertigt. Ebenso ist zu Unrecht in dem Urteile am Arme eine Gewaltanwendung nicht erblickt worden.

Diese Aufhebung des Urteils kennzeichnet wieder so recht die Spruchrichtigkeit des Reichsgerichts.

Arbeiter! — werdt neue Volkszeitungsleiter.

Windmühlenstr. 33, I.
Kaufe Mil.-Sachen, Herren- und Damen-Garderobe, Bett-, Tisch- und Zelt-Wäsche
Wendewitz neben Victoria
Windmühlenstr. 33, I.

Soeben ist in unserm Verlage erschienen:
Gerhart Seger
Kunst und histor. Materialismus
Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.
Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen Ausleger und Filialen der Volkszeitung entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilg. Buchhandlung
Tauchaer Straße 19/21

Familien-Nachrichten
Unsern alten Turngenossen
Robert Berger
zur Hochzeit die herzlichsten Gratulationen.
Turnverein Schöna

PETERS UNION
Pneumatic
MITTELDEUTSCHE GUMMIWARENFABRIK LOUIS PETER, A.-G.
FRANKFURT A.M.
Filiale: Leipzig, Frankfurter Straße 18. Telefon 14838.

Familien-Nachrichten
Zurückgeführt vom Grabe unserer teuren Entschlafenen, Frau
Agnes Pfau geb. Hempel
sage ich allen für die mir bewiesene herzliche Anteilnahme meinen besten Dank. Besonders der Firma Breitkopf & Härtel und des Personals der Abteilung Buchbinderei, sowie allen meinen Hausbewohnern danke ich nochmals für die Liebe und Verehrung, die sie der Entschlafenen entgegengebracht haben. Vielen Dank auch den Sängern für den ergreifenden Gesang am Grabe, sowie Herrn Viktor Schmidt für seine von Herzen wohlwollenden Trostesworte.
Nun ruhe sanft, von allen Geliebten und Angehörigen, die Erde sei Dir leicht.
Leipzig, Gräberstraße 19.
K. Pfau und alle Hinterbliebenen.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am Freitagmorgen meine liebe, treue Gattin, unsere gute Mutter, Tante, Tochter und Schwägerin, Frau
Anna Römbach geb. Petrick
im Alter von 33 Jahren und 5 Monaten.
L.-Bismarck, Röthstraße 3, II., 27. Sept. 1920.
Arthur Römbach u. Kinder
im Namen aller Hinterbliebenen.
Beerdigung Dienstag, nachm. 1/4 Uhr, auf dem Friedhofe zu L.-Bismarck.

Durch Unfalltod verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager
FELIX WAGNER
Derfelde war mir stets ein treuer und braver Arbeiter. Ich werde ihm immer ein treues Andenken bewahren.
Wilhelm Knaß, Fuhrwerksbesitzer.

Infolge Unfalltodes verschied plötzlich am 24. September unser Kollege
Gustav Lanzendörfer.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!
Die Arbeitskollegen und Angestellten der Firma A.T.G., Großschöcher.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, der Buchbinder
Paul Hiltner
am 23. September verstorben ist.
Leipzig und Stöcker.
Seine trauernden Kinder
Paul Hiltner u. Frau
Richard Hiltner
Liesbeth Hiltner
Otto Hiltner
Hilda Hiltner.

Nach fast 14tägigem, schwerem Krankenlager infolge einer Operation entschlief Sonntagvormittag meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau
Auguste Ida Leutzsch geb. Röhnert
im 57. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an
L. Schönefeld, den 27. Sept. 1920
Dimpfstr. 63, II. r.
Wilhelm Leutzsch
nebst allen Hinterbliebenen.
Die Trauerfeier mit anschließender Einäscherung findet Mittwoch 11 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Statt Karten.
Für die unendlich vielen Beweise der Liebe und herzlichsten Teilnahme beim Hinscheiden unserer teuren, unvergesslichen Tochter und Schwester, meiner lieben Braut, sagen wir hierdurch allen unsern tiefgefühltesten Dank.
L. Götz, am Beerdigungstage.
Familie Hermann König
im Namen aller Hinterbliebenen
Otto Tannert als Bräutigam.

